Einzelpreis 30 Pf. Halle, Dienstag, den 10. August 1920. 31. Jahrgang · Nr. 185

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105098. Hermann Schade

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Friedensverhandlungen.

Die direkten Besprechungen Rußlands mit Polen beginnen.

Die russische Regierung verbreitet zwei Funksprüche aus Moskau, in denen angekündigt wird, daß die direkten Verhandlungen zwischen Rußland und Polen am 11. August in Minsk beginnen sollen.

Aus Warschau meldet die Presse:

Die polnischen Bevollmächtigten haben mit einer weißen Flagge die russische Linie passiert und sich nach Minsk begeben. Sie werden dort die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen besprechen. Sie sind ermächtigt, jeden Beschluß hinsichtlich der Einstellung der Feindseligkeiten zu fassen. Jedoch haben sie den Auftrag, dem zu widersprechen, daß sich Sowjet-Rußland in die inneren Angelegenheiten Polens einmische. Die ersten Besprechungen haben am Sonntagmorgen begonnen, doch setzen die russischen Truppen ihren Vormarsch fort.

Eine weitere Meldung besagt: Die polnische Delegation hat jede Vollmacht zur Einstellung der Feindseligkeiten und kann weiter über die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen verhandeln.

•

Ueber die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen wird viel unverantwortliches Zeug gemeldet. Lediglich zur Information mögen folgende Meldungen verzeichnet sein:

Die russische Vertretung in London veröffentlicht eine an die englische Regierung gerichtete Note Lenins, die die sofortige Waffenruhe ablehnt. Die Note lautet: Sobald Polen die Waffenstillstandsbedingungen annimmt, die sich in der Hauptsache mit der Herabsetzung der Streitkräfte befassen, wird der Rückzug der Sowjettruppen auf die vom Obersten Rat am 8. Dezember 1918 bestimmte Demarkationslinie, die neuerdings von Lord Curzon in einer an Tschitscherin gerichteten Note vom 20. Juli wiederholt wurde, vollzogen werden. Gleichzeitig wird auch die Stärke der Sowjettruppen an der Demarkationslinie herabgesetzt werden, vorausgesetzt, daß die Ententemächte und insbesondere Frankreich sich verpflichten, das Vorgehen gegen die Sowjetarmee sofort einzustellen und gegen Sowjet-Rußland an seiner Stelle der Grenze weiter vorzumarschieren, um auf die Sowjettruppen irgendeinen Druck auszuüben. Ferner muß die Armee des Generals Wrangel aus der Krim zurückgezogen werden.

Londoner Meldungen behaupten, daß Kamenew folgende Vorschläge gemacht hat, die der Beratung von Lloyd George und Millerand in Hythe unterlagen: Ein Angebot seitens Sowjet-Rußlands, die Schulden der zaristischen Regierung bei Frankreich anzuerkennen. (?) 2. Annahme der Konferenz von London zwischen Rußland und den Verbündeten. 3. Räumung der roten Truppen auf die ethnographischen Grenzen Polens. 4. Amnestie für General Wrangel und seine Truppen unter der Bedingung, daß sie Rußland verlassen.

•

Ein Situationsbericht der Sowjet-Regierung.

Die englischen Einschüchterungsversuche.

Berlin, 10. August. Der Freiheit wird aus Kopenhagen der Inhalt eines Moskauer Funkspruches mitgeteilt, in dem die Sowjet-Regierung einen kurzen Situationsbericht gibt; es heißt darin, daß am 4. August Lloyd George und Bonar Law den Genossen Kamenew und Krassin erklärt hätten, daß die englische Flotte in See stechen würde, falls die Rätetruppen auf Warschau vorrückten. Der Befehl zur Erneuerung der Blockade sei gegeben und am 6. August werde man mit dem Verladen von Munition in Danzig beginnen. Kamenew erklärte, die Räteregierung könne, solange die Verbündeten den General Wrangel unterstützten, keine wirklichen Garantien für die Einstellung der Kampfhandlungen geben. Sie sei aber bereit, mit den Polen in Friedensverhandlungen zu treten und überzeugt, daß direkte Verhandlungen zwischen Polen und Rußland dem Interesse beider Länder am besten dienen. Die Verhandlungen mit der englischen Regierung dauern fort, aber das Ultimatum vom 4. August mit der Blockadedrohung hat eine äußerst schwierige Lage in bezug auf die Verständigung zwischen der Sowjet-Regierung und England geschaffen.

Ein weiterer Funkspruch beschäftigt sich mit den russisch-französischen Beziehungen. Die Räteregierung erklärt darin die britische Regierung, zwischen Rußland und Frankreich als Vermittler insofern aufzutreten, daß England die militärische Unterstützung Polens durch Frankreich verhindert.

•

Die Rätetruppen vor Warschau!

Berliner Meldungen zufolge haben die Russen gestern die Bahnlinie Warschau-Melawa überschritten. Die polnischen Truppen, die zwischen Ostrolenka und südlich Ostrowo operieren, sind von Warschau sogut wie abgeschnitten. Die Russen stehen nördlich von Warschau, noch etwa einen Tagesmarsch von dort entfernt. — Nach in Königsberg bestimmt auftretenden Gerüchten hätten die Russen auch Prasnysch, 75 Kilometer nördlich von Warschau, genommen.

London, 9. August. Ein Moskauer Funkspruch vermittelt folgenden Kriegsbericht: Wir haben Tschernin eingenommen. Heftige Kämpfe finden auf der Linie Zabalkinowo statt. Bei Brody haben wir die Polen in den Kämpfen vom 4. bis 6. August zurückgedrängt. Unsere Truppen haben den Strypaflluß erreicht. Auf der Krim wurden die Armeen des Generals Wrangel nach heftigen zehntägigen Kämpfen zurückgeworfen.

Die Entente zögert!

Aus Furcht vor dem Proletariat!

Die Unterstützung Polens durch die Entente ist nicht weit her. Polen hat sie nicht retten können — und das wird wohl auch weiter der Fall sein. Jetzt treten schon Meldungen auf wie die folgende:

Berlin, 9. August. Das ukrainische Pressebureau meldet: Wie verlautet, haben England und Frankreich Polen in einer Note wissen lassen, daß es ihnen praktisch unmöglich sei, im gegenwärtigen Augenblick Truppen in einer zur Rettung der polnischen Armee genügenden Zahl zu senden.

Das dürfte stimmen! Ob die Entente aber den Verzweiflungsschritt wagen wird, verfügbare Truppen mit Gewalt durch Deutschland zu bringen, steht sehr dahin! Das französische, englische und deutsche Proletariat hat zu deutlich seinen Kampfeswillen gegen neuen imperialistischen Krieg gezeigt! Nur tolles Bankrottspiel könnte das blutige Abenteuer provozieren.

Das Proletariat würde dann den Kapitalismus zu erwürgen haben!

•

Eine weitere Meldung des Ukrainischen Pressebureaus ergänzt die ersten Nachrichten über die Note der Entente wie folgt:

Die Note setzt ausführlich die Gründe auseinander, welche die militärische Hilfsexpedition nach Polen unmöglich macht, und bezeichnet als Hauptgrund die innerpolitische Lage und die Tatsache, daß es feststehe, daß die englisch-französische Arbeiterschaft eine Bekämpfung ihrer russischen Genossen nicht ruhig hinnehmen werde.

Hier ist deutlich der gewaltige Einfluß des Proletariats zu spüren. Die Mächte des Kapitals müssen anerkennen, daß der Kampfeswille des sozialistischen Proletariats genügt, um den imperialistischen Gewalten die Hände zu binden.

Die Arbeiterklasse muß sich ihrer Macht nicht nur im Sinne der Verhinderung imperialistischer Gewaltaten bewußt werden, sondern muß vor allem ihre Macht planmäßig und konzentriert zur positiven Durchsetzung der Diktatur des sozialistischen Proletariats benutzen!

Reif zu werden für diese Aufgabe — das ist der Zweck des großen politischen und sozialen Ringens.

Ein lehrreiches Beispiel.

Von Viktor Stern.

Die Freiheit brachte am 5. August eine der vielen Meldungen über versuchte und durch die Eisenbahner verhinderte Militärtransporte, die nun fast täglich bekannt werden, und meinte dazu:

„Es wird der Arbeiterschaft klar sein, daß es den Eisenbahnern allein nicht möglich ist, eine eingehende und gründliche Kontrolle aller Güter und Wagen vorzunehmen; sie bedürfen dabei noch unbedingt der Unterstützung der Betriebsräte und der Arbeiter der einzelnen produktiv-industriellen Unternehmen."

Die Hauptbetriebsräte der Eisenbahner Sachsens haben nach einer Beratung, an der die Vertreter aller vier sozialistischen Parteien teilnahmen, einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Alle Truppentransporte sowie Beförderung von Munition und sonstigen Heeressachen werden von den Eisenbahnern unter allen Umständen abgelehnt. Der Hauptbetriebsrat hat an alle Betriebsräte der Eisenbahn in Sachsen unverzüglich Anweisung erteilen lassen, daß Ueberwachungskommissionen gebildet werden, welche das rollende Wagenmaterial zu kontrollieren haben, um auch sogenannte Deckadressentransporte zu verhindern."

Anschaulicher und schlagender als durch dieses Beispiel aus der Praxis kann wohl schwer bewiesen werden, wie wertvoll in entscheidenden Augenblicken der Bestand einer zentralisierten und dadurch zu einheitlicher Aktion fähigen Räteorganisation ist, wie lähmend in solchen Augenblicken das Fehlen einer derartigen Organisation wirkt, und wie verkehrt es bei den oft unlösbaren Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen und politischen Fragen ist, den Räten vor der Eroberung der Macht nur wirtschaftliche Aufgaben zuweisen zu wollen. In kleinerem Maßstabe wird der Arbeiterschaft durch die Erfahrung wieder eine Lehre zuteil, die ihr schon bei der Abwehraktion im März so bitterernst eingebläut wurde, und die ihn die nächste Zeit in noch folgenschwererer Weise bestätigen kann. Die Situation wird augenblicklich im Osten und Westen immer kritischer und jeden Tag kann sie sich wieder so gestalten, daß die Arbeiterschaft entscheidend mitwirken muß, sie mag reif sein oder nicht, die notwendigen Organisationen sich geschaffen, oder dies in kurzsichtiger Nichterkenntnis unterlassen haben, und dann wird sich wieder wie in den Kapp-Tagen zeigen, daß in den Augenblicken, in welchen Massenaktionen notwendig sind, also die Arbeiterschaft als Klasse auftreten hat, auch die indifferenten oder anderen Parteien angehörenden Massen mitgerissen werden müssen,

eine Organisation der Arbeiterschaft als Klasse,

eine Organisation der Massen da sein muß, eine durch ihr Wirken politische Räteorganisation, mag sie nun wie immer entstanden sein, sich wie immer benennen. Sonst erleben wir wieder in schicksalsreichen Tagen, wie im März, das traurige Bild vollster Verwirrung, daß alle proletarischen Organisationen, Gewerkschaften, die einzelnen Parteien, die unentwickelten Räteorganisationen, ja die einzelnen Gewerkschaftsgebilde, Parteiorgane und Parteirichtungen das Proletariat nach verschiedenen Richtungen zu zerren trachten, statt das alle diese Faktoren ihren Einfluß nicht direkt auf die Arbeiterschaft, sondern indirekt durch eine umfassende Räteorganisation geltend machen, die trotz aller sie bestimmenden Einflüsse die Arbeiterschaft einheitlich führen kann und der sich dabei die Organisationen, die wahrhaft revolutionär sind, mit all ihrer Autorität und all ihrem Einfluß zur Verfügung zu stellen zu haben.

Es ist ein böser Irrtum, den vor allem die Arbeiter, dann aber auch die Gewerkschaften und Parteien bitter zu büßen haben, wenn diese glauben, durch eine solche Räteorganisation an Selbständigkeit und Einfluß irgend etwas einbüßen, während sie in Wahrheit nur in jeder Hinsicht gewinnen können. Jetzt, wo das eigensinnige und engherzige Beharren auf diesem Irrtum, der übrigens in äußerstem Widerspruche zu unserem einstimmig angenommenen Aktionsprogramm steht, die Leiden des Proletariats furchtbar vermehren und verlängern, ja Tausenden von Proletariern das Leben oder die Freiheit kosten kann, ist es Pflicht, darüber offen zu reden und Klarheit zu schaffen zu suchen. Die Gewerkschaften haben von den Räten, auch von den rein wirtschaftlichen, keine Beeinträchtigung zu befürchten, weil sie den Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern im Rahmen der kapitalistischen Ordnung zu führen und den revolutionären Kampf zur Beseitigung dieser Ordnung nur zu unterstützen haben, während die Räte, auch die wirtschaftlichen und auch schon vor der Diktatur des Proletariats für die Verwirklichung der neuen gegenüber der alten Wirtschaftsordnung tätig sein müssen, so z. B. durch Kontrolle und Mitbestimmung zur Durchsetzung des sozialistischen Gemeinwohles an Stelle des privaten Profitinteresses. Wenn aber die Gewerkschaften befürchten, ihre Mittel für Zwecke opfern zu müssen, die sie nicht selbst bestimmen können, so ist es doch klar, daß keine Macht der Welt die Gewerkschaften zwingen kann, ihre Mittel anders als nach eigenem Gutdünken zu verwerten, man wäre, wenn man an die gegenwärtige Leistung der meisten Gewerkschaften denkt, versucht, hinzuzufügen: leider. Noch viel verkehrter ist es, anzunehmen, daß revolutionäre Parteien durch die politische Betätigung der Räteorganisation an Selbständigkeit, Entschlußfähigkeit und Einfluß Einbuße erleiden könnten. Es ist ganz ausgeschlossen, daß eine Räteorganisation aus sich heraus allein Richtlinien für ihr Handeln finden könnte. Ihre Handlungen und damit die Aktionen der Arbeiterklasse als solche werden das Resultat der von den Arbeiterparteien ausgehenden Einflüsse sein. Die Räteorganisation ist nur das Instrument, welches es der führenden Partei ermöglicht,

die ganze Klasse in Bewegung zu setzen.

Das bedeutet einen ganz gewaltigen, unschätzbaren Machtzuwachs für eine solche Partei. Es ist geradezu unbegreiflich, wie jemand, dem ein so wuchtiges und so wirksames Werkzeug in die Hand gegeben werden soll, fürchten kann, dadurch „aktionsunfähiger" zu werden.

Freilich in der Räteorganisation machen auch die anderen Arbeiterparteien ihren Einfluß geltend. Aber es ist Vogelstraußpolitik, nicht einsehen zu wollen, daß der Einfluß dieser Parteien auf die Arbeiterschaft nicht aus der Welt geschafft wird, wenn die Räteorganisation nicht da ist. Bei diesen Arbeiterparteien des Arbeiterbeirates, die in Wahrheit klassenfeindliche Ziele verfolgen, ist es vielmehr umgekehrt. Ihr Einfluß auf Arbeitermassen wird in einer solchen Räteorganisation um so geringer, je gegenrevolutionärer sie sind. Sie zu zwingen, nicht in einem parlamentarischen Mischmasch oder in dem chaotischen Brei des „Volksganzen" ihre Politik zu betreiben, sondern in der reinen Klassenorganisation der Räte, wo ihnen die Unterstützung aus anderen Klassen fehlt, ist in Wahrheit das beste Mittel, ihren unheilvollen Einfluß auf die Arbeiterklasse zu durchkreuzen und lahmzulegen. Das wissen die Drahtzieher dieser Parteien ganz genau. Deshalb fürchten sie nichts so sehr, als eine derartige Räteorganisation.

Ganz gewiß. Die Wahl politischer Arbeiterräte und ihre Zusammensetzung zu einer machtvollen Organisation kann man der Arbeiterklasse ebensowenig künstlich beibringen, wie man eine Revolution selbst nicht künstlich arrangieren und anberaumen kann. Aber es bleibt nicht weniger wahr, daß eine solche Organisation für die Führung revolutionärer Massenaktionen unerläßlich ist. Wer will die furchtbare Verantwortung auf sich nehmen, die Arbeiter in einer Zeit, in welcher solche Massenkämpfe entscheidender Natur und unabwendbar heranmahen, im Unklaren über ihre wirkungsvollste und unentbehrlichste Waffe zu lassen! Ließen sich diese Kämpfe dadurch vermeiden, so wäre ein solches Verhalten als Ausfluß pazifistischer Gesinnung immerhin noch verständlich. Die Wahrheit ist aber, daß diese Kämpfe doch kommen und nur die Gefahr heraufbeschworen wird, daß sich eine zersplitterte, verwirrte und aktions-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200810-11/fragment/page=0001

unfähige Arbeiterklasse in dieselben verwickelt steht. Der schließliche Endsieg ist der Arbeiterklasse auch dann gewiß, aber die Zahl der Opfer wird verzehnfacht, die Leidenszeit qualvoll verlängert. Es wäre leider ein ganz aussichtsloses Beginnen, heute die Arbeiterschaft zur Wahl politischer Arbeiterräte veranlassen zu wollen. Aber ob es nicht in ganz kurzer Zeit ganz anders sein wird, kann niemand wissen. Sicher ist, daß alle Bestrebungen, zunächst einmal überhaupt

so rasch als möglich eine machtvolle Räteorganisation aufzubauen,

mit aller Energie und Zielbewußtheit unterstützt werden müssen. Alle kleinliche Erwägungen müssen zurückgestellt werden, angesichts der unabweislichen Notwendigkeit, für die deutsche Arbeiterklasse in dem Weltringen zwischen Kapitalismus und Sozialismus entscheidend mitzuwirken und zu diesem Zwecke aktionsfähig und gerüstet zu sein. **Die Schlacht tobt bereits vor unseren Toren!** Niemand kann sagen, ob nicht Deutschland bald mit in den Strudel hineingerissen wird, alle sind sich klar darüber, daß selbst ein Friede nur einen Waffenstillstand und keine endgültige Beruhigung bringt. Darum gilt für die Arbeiter mehr als sonst das Wort: **Bereit sein ist alles!**

Ein Aufruf der polnischen Verbrecher.

Nach einer Meldung aus Warschau hat der polnische Ministerpräsident eine **„Proklamation an das polnische Volk"** gerichtet, in der es heißt: Die Bolschewisten hoffen Warschau zu besetzen **und dort Polen den Frieden zu diktieren. Die Regierung der nationalen Verteidigung, die Regierung der Bauern und** Arbeiter ruft die gesamte Nation auf zur Verteidigung der Freiheit. Der heilige Krieg beginnt an den Toren von Warschau. Weiter heißt es in dem Aufruf: **Die Regierung wolle einen gerechten und dauernden Frieden und wünsche in gutem Einvernehmen mit ihren Nachbarn zu leben. Sie sei bereit, alle Bürgschaften zu geben,** die mit der Ehre der Nation, die kein fremdes Gebiet begehre, in Einklang zu bringen sind. **Der bolschewistische Einfall sei eine** Gewalttat, die den Missetaten der Despoten des 18. Jahrhunderts gleiche, welche Polen zerstückelt haben. Die Regierung sei entschlossen, das Vaterland bis zum letzten Streifen Landes zu verteidigen, Warschau zu schützen und die Invasion abzuwehren, um die Unabhängigkeit des Landes zu retten. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Zu den Waffen, Bürger!"

Dieser nach berühmten Mustern fabrizierte **Aufruf ist nicht nur** der Ausbruch völliger Verzweiflung, **er ist auch zugleich ein erbärmliches** Stück widerlichster Verlogenheit **und Heuchelei und elendeste** Phrasendrescherei. Die polnische Regierung, die sich als Knecht der Entente, freventlich in einem ausgesprochenen imperialistischen Eroberungskrieg gegen Sowjet-Rußland treiben ließ — in der Rolle **des „Verteidigers des Vaterlands", das ist wahrhaftig der Gipfel der Frechheit!**

Tatbereitschaft des Proletariats!

Leipzig, 10. August. Die Unabhängige Sozialdemokratie Sachsens ruft die Arbeiter zu großen Kundgebungen für die strikte Durchführung der Neutralität auf. — In Leipzig fanden gestern abend acht Massenversammlungen statt.

Bochum, 9. August. Eine von den sozialistischen Parteien aller Richtungen, den freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften und der Arbeiterunion einberufene Massenversammlung protestierte gestern auf dem Moltkemarkt gegen die Vergewaltigung Räterußlands. Redner der drei sozialistischen Parteien verlangten die sofortige Einstellung aller Truppen-, Waffen- und Munitionstransporte, die der Niederringung von Sowjet-Rußland dienen sollen. Von der Regierung verlangte die Versammlung peinlichste Beachtung der von ihr proklamierten Neutralität. Wenn die Regierung dieser Forderung **nicht nachkomme, so werde das Proletariat mit dem sofortigen Generalstreik antworten. Nach der Versammlung bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationszug durch die Stadt.**

„Sachte, sachte!" Die deutsche Regierung erläßt wieder eine Mahnung, man möge doch mit den Maßnahmen zur Innehaltung der deutschen Neutralität vorsichtig sein. Die französische Note über die Durchsuchung der Züge in Erfurt beweise, daß Unbesonnenheiten gefährlich werden können. Die amtlichen Stellen würden schon ihr Auge offen halten. — **Die deutsche Arbeiterklasse weiß selber, was sie zu tun hat!**

Aufruf der Angestelltenverbände.

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) **Auch die Arbeitsgemeinschaft Freier Angestelltenverbände, die Afa, hat jetzt in einem Aufruf an ihre Mitgliedschaft diese ersucht, der Arbeiterschaft unbedingten Beistand in ihrem Kampfe um die Aufrechterhaltung der unverbrüchlichen Neutralität Deutschlands zu leihen und den Kampf der Arbeiter zu unterstützen.**

Der Generalstreik vorbereitet!

Das französische und englische Proletariat in entschlossener Abwehr!

Berlin, 10. August. Die Humanité veröffentlicht ein Manifest, in dem es heißt: Kein Mann, keine Granate für das reaktionäre kapitalistische Polen! Es lebe die russische Revolution! Es lebe die Arbeiterinternationale!

•

Das Pariser Journal de Peuple meldet: Die französischen Syndikalisten hielten am Sonntag in vielen Städten Versammlungen ab, in denen gegen jede aktive Beteiligung Frankreichs am polnisch-russischen Krieg aufs schärfste protestiert wird. In **Paris** allein fanden 14 Versammlungen der radikalen und gemäßigten Sozialisten statt. Es wurde eine gemeinsame Entschließung angenommen, **derzufolge der Generalstreik erklärt** werden soll für den Fall, daß Frankreich Truppen nach Polen gegen Rußland senden wolle.

•

Berlin, 10. August. (Eigene Drahtmeldung.) Eine Tagung des parlamentarischen Ausschusses der englischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskommission fand gestern abend in London statt. Zwischen den sozialistischen Organisationen Englands und Frankreichs sind Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen für den Fall, daß der Krieg gegen Sowjet-Rußland Tatsache werden sollte, getroffen worden. In beiden Ländern wird bereits der Generalstreik vorbereitet.

•

London, 9. August. Die Londoner Abteilung der britischen Arbeiterpartei veröffentlicht ein dringendes und wichtiges Schreiben, durch welches alle angeschlossenen Arbeiterverbände aufgefordert werden, ihre Stimmen gegen den Krieg mit Rußland **hören zu lassen.** Es sei insbesondere die Pflicht der Londoner **Arbeiter,** der Regierung klarzumachen, daß es sehr unangenehm für sie werden könnte, wenn der ungesunde Militarismus und Antisozialismus Churchills die Oberhand behalten **würde. Die Arbeiter werden aufgefordert,** Resolutionen an den **Premierminister,** an Lord Curzon, die Parlamentsmitglieder und **die Presse zu senden. Besonders sollen sie wissen lassen, daß die Arbeiter nicht in den Verdacht kommen werden,** einen neuen Krieg **mitzumachen,** sondern daß die Hauptstadt des Reiches den **chikanösen Hehlern der auswärtigen Politik** feindlich gegen**überstehe.**

Um Tschecho-Slowakien.

London, 8. August. (Tel.-Union.) Lloyd George erklärte, **daß die Alliierten die Tschecho-Slowaken zu einem bewaffneten Einschreiten gegen Rußland mit allem Nachdruck veranlassen werden.**

Doch wird das vorbeigelingen! Wie aus Prag gemeldet wird, hat der tschecho-slawische Ministerrat erneut eine Kundgebung erlassen, in der nachdrücklich von neuem **betont wird, daß** auch weiterhin **die bisherige Politik des Friedens, der Neutralität und der Nichtintervention fortgesetzt werden soll.**

Italien und Rußland.

Nach einer Meldung der Agence Stefani hat der italienische Minister Sforza sich unverhohlen für unbeschränkte Anerkennung der russischen Sowjet-Republik ausgesprochen. Er verurteilte in einer Kammerrede sowohl die Blockadepolitik der Entente, wie auch die Politik der Stacheldrahtabsperrung. „Das kommunistische Experiment in Rußland müsse sich ungestört bis zu Ende entwickeln. Der Bolschewismus solle aus eigener Kraft fortbestehen oder untergehen. Gleichgültig, ob die Russen die bolschewistische Regierung wollen oder sie nur ertragen, die Regierung in Moskau bestehe und die Italiener könnten nicht wünschen, daß Europa die Einbildung, als ob Rußland nicht da sei, länger fortsetzen."

Diese Erkenntnis ist dem Grafen Sforza jedoch auch nicht von ungefähr gekommen. In Italien spielt die sozialistische Partei seit den letzten Wahlen eine bedeutende Rolle. Sobald das Proletariat in den andern Ländern den herrschenden Kreisen einen ähnlich wirksamen Respekt vor dem Willen des Proletariats beigebracht hat, **werden nie und nirgends wieder Pläne sich breit machen, das neu erstehende Rußland, weil es sozialistisch regiert wird, niederzuschlagen.**

Kapitalisten-Hoffnung auf Rußland.

Eines der ausgesprochen großkapitalistischen Organe des Westens, die Bergwerks-Zeitung in Essen, befaßt sich in einem Artikel mit der Lage im Osten. „Ganz nahe," so heißt es darin, „stehen die Anhänger Lenins und Trotzkis, zu einem modernen Heere organisiert, der neuen deutschen Grenze und niemand übersieht, was das werden soll. „Die Russen halten die Hand an der Gurgel (der Polen) dieser leichtsinnigsten Nation Europas" und bedrohen Polen, das Produkt des „verbrecherisch widernatürlichen" Vertrags von Versailles, mit Vernichtung. In dieser Situation erklärt die Bergwerks-Zeitung: Deutschlands Interesse und Deutschlands Sympathie neigen sich zu Rußland. Nicht zum Bolschewismus, wohl aber zu dem nationalen russischen Geist, der gegen Polen und gegen die habgierige imperialistische Politik der Entente erwacht ist."

Der Ursprung der „Sympathie" des **Kapitalistenblattes** für Rußland liegt offenkundig in der Hoffnung, daß vom Osten die Befreiung des deutschen Kapitalismus vom Entente-Imperialismus kommen möge. Die einzige Sorge dieser seltsamen Spekulanten kommt in den Sätzen zutage: „Werden diejenigen Elemente bei uns, die immer noch auf den Umsturz lauern, Besonnenheit wahren? Werden sie von dem Versuche ablassen, den falsch verstandenen (!) Bolschewismus, die Räterepublik oder die Diktatur des Proletariats bei uns einzuführen?" — Die Antwort kann sich die Bergwerks-Zeitung leicht bei jedem sozialistischen Arbeiter holen: Sowjet-Rußland und das sozialistische Proletariat Deutschlands werden nichts für den Kapitalismus, aber alles für den Sozialismus tun.

Ein Riesensumpf.

In den Wochen vor der Abstimmung in Ostpreußen sind dort Zeitungen gegründet und mit bedrucktem Papier Verschwendung getrieben worden, von der der Uneingeweihte sich keine Vorstellung machen kann. Auf den unsäglichen Tiefstand dieser Pamphlete soll hier nicht eingegangen werden. Aber Millionen von Staatsgeldern sind dadurch in die Taschen kleiner Interessengruppen geflossen. Der Mittelpunkt des tollen Treibens war Marienwerder. Es existierte dort eine ziemlich bankrotte Zeitung, die Neuen Westpreußischen Mitteilungen, Verlag der Kanterschen Hofbuchdruckerei. Infolge der Abstimmungsagitation schwoll diese Zeitung, die früher mit 4, höchstens mit 6 Seiten täglich herauskam, so an, daß sie jetzt jeden Tag 12 bis 16 Seiten herausbringt. Die Nummer vom 31. Juli zählt z. B. 16 Seiten bei 1½ Seiten Anzeigen. Daß dergleichen kein Verleger machen kann, wird jeder Buchdruck-Sachverständige bestätigen. Dieser deutsche Buchdruckereibesitzer, der seine Zeitung auf Staatskosten herstellt, druckte gleichzeitig auch — polnische Flugblätter, die zum Teil so hetzerisch waren, daß die Ententekommission sie beschlagnahmte.

Aber der Sumpf ist noch tiefer. Daß die Rechtssozialisten im westpreußischen Abstimmungsgebiet 7 bis 8 Parteisekretäre unterhalten, die sie zum größten Teil aus den staatlichen Abstimmungsgeldern bezahlen, ist bereits früher mitgeteilt worden. Jetzt haben diese Leute in Marienburg die Nogatzeitung aufgekauft. Zeitungsverlang und Druckerei einer alten demokratischen Zeitung. Sie werden eine Tageszeitung herausgeben: Volkszeitung für die östlichen Grenzlande. Die Druckerei ist mit Rotations- und Setzmaschine versehen, die Erwerbskosten sicher also nicht kleine. Desto kleiner aber die Zahl der hinter dieser Gründung stehenden Leute. Woher haben sie das Geld zu einem Unternehmen, das heutzutage selbst starken Organisationen schwer wird? Die Antwort kann auch hier nur lauten: Es ist eine große Schiebung gemacht und mit den Staatsmitteln der Abstimmungspropaganda eine rechtssozialistische Zeitung finanziert worden.

Es ist dringend zu verlangen, daß baldigst Abrechnung gegeben wird über die zur Abstimmungspropaganda dem Osten überwiesenen Gelder. Ebenso dringend notwendig ist die Einsetzung einer besonderen Kommission zur Prüfung der Ausgabeposten. Die Sache ist nicht rein und die Oeffentlichkeit hat ein Recht, einen Einblick in die korrupten Verhältnisse zu erhalten.

Den Kapp-Verbrechern geht es gut!

Kürzlich berichteten wir, daß der Oberleutnant v. Aulock wieder aus der Haft entlassen worden ist, angeblich wegen seines schlechten Gesundheitszustandes. Nunmehr stellt sich heraus, daß der Mann aus anderen Gründen aus der Haft entlassen worden ist. Der Breslauer Oberstaatsanwalt hat am 31. Juli dem preußischen Justizminister folgendes mitgeteilt:

„Das Verfahren gegen den Oberleutnant von Aulock schwebt beim hiesigen Untersuchungsrichter. Die Voruntersuchung gegen ihn und 24 andere Militärpersonen, hauptsächlich Angehörige seines früheren Freikorps, ist auf Grund der Anschuldigung wegen **gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung** in mehreren Fällen, **und zwar in sieben Fällen mit Todeserfolg,** eröffnet worden. Gegen Aulock ist später die Voruntersuchung auf die Anschuldigung aus §§ 340 RStGB./147 MStGB. ausgedehnt worden. Wegen beider Anschuldigungen waren Haftbefehle erlassen und ausgeführt worden.

Den Haftbefehl auf Grund der ersten Anschuldigung hat die Strafkammer **mangels dringenden Tatverdachts aufgehoben.** Die Aufhebung des zweiten Haftbefehls ist durch den Untersuchungsrichter erfolgt.

Für den Antrag auf Erlaß dieser Haftbefehle war für die Staatsanwaltschaft lediglich die Verdunkelungsgefahr maßgebend. Dieser Grund fiel später weg. **Fluchtverdacht liegt unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse des Angeschuldigten nicht vor.** Eine Untersuchung des Angeschuldigten auf seinen Gesundheitszustand hin, ist nicht erfolgt, da Aulock sich in seiner Haftbeschwerde auf ein Lungenleiden berief. Von der Einziehung des ärztlichen Endgutachtens hat der Untersuchungsrichter jedoch mit Rücksicht auf die inzwischen verfügte Aufhebung des Haftbefehls Abstand genommen. Die Aufhebung des Haftbefehls ist somit nicht auf **Grund des Gesundheitszustandes des Angeschuldigten, sondern lediglich mangels Fluchtverdachts und Verdunkelungsgefahr** erfolgt."

Man stelle sich vor: Gegen Aulock schwebt ein Verfahren wegen **siebenfachen Totschlags.** Es wird ein Steckbrief gegen ihn erlassen, er entzieht sich der Verhaftung durch die Flucht, er wird glücklich aufgegriffen, bald darauf aber wieder in Freiheit gesetzt, weil **„kein Fluchtverdacht"** vorliegt. Arbeiter werden in unzähligen Fällen monatelang in Haft behalten, ohne daß auch nur das mindeste gegen sie vorliegt, Herr von Aulock dagegen, der der schwersten Verbrechen beschuldigt wird, darf sich ungestört seiner Freiheit erfreuen. **Man muß also schon Kappist sein,** um allen Segnungen der republikanischen Justiz teilhaftig zu **werden!**

Die Löhne der Bergarbeiter.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht soeben die übliche „Nachweisung der in den Hauptbergbaubezirken Preußens verdienten Bergarbeiterlöhne", und zwar für das erste Quartal 1920. **Die Angaben betreffen „reine" Löhne, von denen die Beträge der Versicherungen und für „alle Arbeitskosten" bereits in Abzug** gebracht sind. **Danach haben die Steinkohlenbergarbeiter** im Oberbergamtsbezirk **Dortmund,** in dem in der Berichtszeit **413 378 (das sind mehr als zwei Drittel aller im Steinkohlenbergbau Deutschlands beschäftigten) Arbeitskräfte** tätig waren, **einen Durchschnitts-Schichtlohn von 31,02 Mark** erzielt. (Im 4. Quartal 1919 22,49 Mk. und im Jahresdurchschnitt 1919 18,13 Mk.) Für Oberschlesien betrugen die entsprechenden Löhne 24,12 Mk., für Niederschlesien 27,03 Mk., am linken Niederrhein 33,23 Mk. und im Aachener Bezirk 30,53 Mk. **Arbeitsschichten wurden verfahren:** im Dortmunder Bezirk 78, in Oberschlesien 77, in Niederschlesien 75, am linken Niederrhein 79 und im Aachener Bezirk 78. Infolgedessen betrug der Vierteljahresverdienst im Bezirk Dortmund 2486 Mk., in Oberschlesien 1858 Mk., in Niederschlesien 2086 Mk., am linken Niederrhein 2611 Mk. und bei Aachen 2805 Mk. Diese Durchschnittslöhne wurden natürlich von den Untertagearbeitern übertroffen. Die Statistik unterscheidet bei diesen zwei Kategorien, „unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte im engeren Sinne" und „sonstige unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte Arbeiter". **Diese beiden Gruppen umfaßten im Bezirk Dortmund 42,3 und 29,3 Prozent der Gesamtarbeiterzahl,** in Oberschlesien 22 und 38 Proz. in Niederschlesien 41 und 25 Proz. am linken Niederrhein 45,4 und 24,9 Proz. im Aachener Bezirk 46,4 und 20,3 Proz. **Die Untertagearbeiter verdienten im Bezirk Dortmund einen Durchschnitts-Schichtlohn von 39,88 bzw. 29,74 Mark, in Oberschlesien 31,64 bzw. 25,45 Mk., in Niederschlesien 30,70 bzw. 28,59 Mk., am linken Niederrhein 42,46 bzw. 29,88 Mk. und bei Aachen 38,52 bzw. 28,40 Mk.**

Diese Zahlen dürfen bei der Besprechung der zurzeit außerordentlich aktuellen Kohlenfragen nicht unbeachtet bleiben. Sie sind **geeignet, das unsinnige Gerede von den hohen Bergarbeiterlöhnen gründlich Lügen zu strafen. Berücksichtigt man noch, daß die Bergarbeiter besonders hohe Auslagen im Betriebe** (für Berufskleidung usw.) **und eine außergewöhnlich teure Ernährungsweise** haben, so wird die **Bedeutung der Lebensmittelfrage gerade für die Bergarbeiterschaft besonders hervortreten. Berücksichtigt** man **weiter, daß die Bergarbeiter nun schon lange Zeit ein geradezu ungenießbares Brot — und noch dazu in durchaus unzureichenden Mengen!** — erhalten haben und daß sie infolge der Eigenart ihrer beruflichen Tätigkeit **mehr als** andere Arbeiterschichten auf die Brotnahrung angewiesen sind, **so werden die jetzt erneut** statistisch **nachgewiesenen Löhne in anbetracht des Umstandes, daß im** Ruhrgebiet die höchsten **Preise für Broterſatz (z. B. Mehl) und** Brotbelag bezahlt werden **müssen, allgemein als viel zu niedrig** erscheinen.

Die Arbeiter im **Braunkohlenbergbau** sind auch im ersten Quartal 1920 **wieder** schlechter **bezahlt worden,** als die Arbeiter im Steinkohlenbergbau. Im Braunkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks **Halle** wurden 82 380 und **linksrheinisch** 22 571 Arbeiter beschäftigt.

Im Bezirk Halle

wurde ein Durchschnittsschichtlohn von **23,63 Mk. erzielt und linksrheinisch ein solcher von 31,56 Mk. — Im Salzbergbau** des Oberbergamtsbezirks **Halle** erzielten die **13 915 beschäftigten Arbeiter** einen **Durchschnittsschichtlohn von 22,97 Mk.,** die 12 .. Salzbergarbeiter im Bezirk **Clausthal** einen solchen von 23,98 Mark. — Im **Erzbergbau wurden beschäftigt:** im Bezirk Mansfeld 10 235, im Oberharz 3179, im Bezirk Siegen 13 731, in Nassau und **Wetzlar 6417, in den sonstigen** rechtsrheinischen Bezirken 1559 und linksrheinisch 1981 Arbeiter. Diese erzielten folgende Durchschnittsschichtlöhne: **26,36 — 21,24 — 25,..** — 22,37 — 23,15 — 22,90 Mk.

Wo sind nun eigentlich die „Riesenlöhne" **der Bergarbeiter,** von denen alle Arbeiterfeinde und vor allem die Nachkriegsgewinnler immer schreien?

Internationalismus der Finanzleute.

Es ist interessant, an dem folgenden **krassen Beispiel zu sehen,** wie innig international die Kapitalistenklasse **miteinander verknüpft ist,** wie ihre Geldsackinteressen immer **wieder auch die erbittertsten** Landesfeinde zu gemeinsamer Aktion zusammenführt. **Die österreichische** Arbeiterschaft, die in der Sozialdemokratischen **Fraktion der** Nationalversammlung die stärkste parlamentarische **Vertretung hat,** führt schon seit Monaten einen erbitterten **Kampf um eine Vermögensabgabe,** die auf Kosten der besitzenden Klassen die zerrütteten **Finanzen** des armen Staates ein wenig aufbessern soll. **Immer wieder verstanden** es die bürgerlichen, nationalen und christlichen **Parlamentsvertreter** das Gesetz zu verhindern. Nunmehr hat sich **die Entente ins Mittel** gelegt und einige Abschwächungen der Lasten **für die Besitzenden durchgesetzt.** In dieser Form wurde nun das Gesetz in der **Nationalversammlung** angenommen. Bei der Debatte über **das abgeänderte Gesetz berichtete** Genosse Otto Bauer, daß der Abgeordnete **Friedmann, der Vertreter** des großen Finanzkapitals, sich an die **Entente-Kommission in Wien** gewandt und um ihren Einfluß zur **Abschwächung dieser Vermögensabgabe** gebeten hatte. Als er vorher **gewarnt wurde, daß dieses** Ränkespiel ihm eine Anklage wegen **Hochverrats einbringen könnte, hatte** er geantwortet: Einem Staate **wie dem unsrigen gegenüber gibt** es keine patriotischen Verpflichtungen. **Der Abgeordnete Friedmann** konnte die Anschuldigungen unseres **Genossen Otto Bauer nicht** widerlegen, sondern forderte die Regierung auf, **eine Untersuchung der** Angelegenheit einzuleiten, was die **Regierung wahrscheinlich tun** dürfte.

Die Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn.

Die Wiener Arbeiterzeitung veröffentlicht **das Manifest** des Sekretärs Fimmen vom Internationalen Gewerkschaftsbund an die organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschösterreichs, in dem der Beschluß des Internationalen **Gewerkschaftsbundes** über **die Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn** mitgeteilt wird. In dem Manifest wird betont, **daß der Boykott** jetzt abgebrochen werde, nicht weil die **Forderungen des** Internationalen Gewerkschaftsbundes voll **erfüllt seien, sondern** weil die gewerkschaftliche Internationale **noch nicht stark genug sei** in ihrem **Kampf für Recht und Menschlichkeit.** Das Manifest hebt hervor, daß die Arbeiter und Angestellten Deutsch-Oesterreichs, der Tschechoslowakei, Südslawiens und Rumäniens den Boykott mit allen Kräften unterstützten, daß jedoch **in verschiedenen** andern Ländern, die nicht direkt an Ungarn grenzen, **die Arbeiter nicht** die **notwendige Kraft aufboten.** Der letzte **Grund** für den Abbruch des Boykotts liege jedoch in der Tatsache, daß **das Ungarn** des weißen Terrors **direkt und indirekt durch die Ententeregierung unterstützt werde.** Das Manifest **betont** schließlich, daß der geführte Kampf **nicht umsonst** gewesen sei. Die ganze Welt wisse jetzt, was in Ungarn geschehen sei und **noch dort** vor sich gehe. Wenn der ungarische Ministerpräsident **seine der ungarischen** Arbeiterschaft gemachten Zugeständnisse **nicht erfülle, treffe die** Verantwortung hierfür **die Entente.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200810-11/fragment/page=0002
DFG

Gegen die Henker Ungarns.

Der Moskauer Kongreß der 3. Internationale wendet sich in einem Aufrufe voll leidenschaftlicher Erregung und starken Wendungen an das Proletariat der gesamten Welt mit der Bitte, den Kampf gegen Horthy-Ungarn, „das Land des Weißen Schreckens, in dem Mord und Gesetzlosigkeit“ herrschen, wie sich kürzlich der Wiener Korrespondent des Berliner Tageblattes ausdrückte, entgegen dem Beschlusse des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf Abbruch des Ungarn-Boykotts, **fortzusetzen.** Es heißt in dem Aufrufe:

Erhebt euch zum Kampfe gegen die Henker Ungarns; setzt für diesen Kampf alle Mittel in Bewegung; haltet Züge mit Waffen an! Sprengt militärische Transporte, die nach Ungarn geschickt werden, macht Offiziere unschädlich, die dorthin reisen, um Arbeiter zu töten, desorganisiert durch mächtige Streiks die Herstellung aller Waffen ohne Ausnahme, bewaffnet euch selber und wendet alle Mittel an: das Wort und die Tat, um die Armee des Imperialismus zu zersetzen. Umgebt mit einer Wand von Haß das Land der Mörder und Henker.

Arbeiter! Durch euren Gleichmut werdet ihr zu Helfershelfern der Henker. Stellt euch in die Reihe der Kämpfer, verteidigt eure proletarische Ehre! Verteidigt das leidende ungarische Proletariat! Ungarische Arbeiter werdet stark! Das Proletariat der ganzen Welt ist mit euch! Die Kommunistische Internationale sendet euch den Ausdruck ihrer Liebe und brüderlichen Gefühle.

Sowjetungarn ist tot! Es lebe Sowjetungarn!

Die heilige Tradition

oder alter und neuer Geist.

Von Dr. Werner Peiser.

In der rechtssozialistischen Chemnitzer Volksstimme schreibt Dr. Werner Peiser einen Aufsatz, der in interessanter Weise den Konflikt zwischen Jugend und Alter aufzeigt, den jede Partei und jede Organisation immer wieder durchzufechten hat. Schließlich ist ja die ganze menschliche Entwicklung ein Ringen des Jungen mit dem Alten, wodurch sich alle Kämpfe im tiefsten Sinne erklären. Was der Rechtssozialist hier für seine Partei andeutet, das gilt im Prinzip auch für das innere Werden der USP. Deshalb geben wir gern den Aufsatz wieder. Wir behalten uns aber vor, die Sache auch einmal vom Standpunkt des „Alten“ zu beleuchten — zur tieferen Erkennung der geschichtlichen Kräfte des Geschehens ist auch das notwendig. Red.

In den folgenden Zeilen beabsichtige ich einiges zu sagen, was vielleicht manchem Parteigenossen etwas ketzerisch erscheinen mag. Die Tatsache aber, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung von jeher zu den unverbrüchlichen Grundrechten in der Sozialdemokratie gehörte, ermutigt mich, offen auszusprechen, „was ist“.

Im Volksfeind sagt Ibsen einmal, eine Partei dürfe nicht älter als 15 Jahre werden. Das ist in bedingtem Umfange richtig. Parteien altern, und es muß ihnen, um dem unausbleiblichen Arterienverkalkungsprozeß entgegenzuwirken, rechtzeitig frisches Blut zugeführt werden. Es will mir nun scheinen, als ob hier seitens der Partei heftig gesündigt würde. Ich meine hiermit weniger die scharfen Angriffe auf die „Novembersozialisten“, die zum Teil berechtigt sind, ich meine auch nicht das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die herandrängenden Akademikerscharen, das auch nicht jeder Grundlage entbehrt, ich meine vielmehr das ablehnende Verhalten der Partei der Jugend gegenüber um ihrer Jugend willen. Man freut sich zwar darüber, wenn die Mitgliederzahlen der Organisationen steigen, man begrüßt es, wenn die Partei wächst und ihre Schlagkraft sich vergrößert, aber man treibt den jungen Kräften gegenüber eine Verärgerungspolitik, die nachgerade nicht mehr unwidersprochen gelassen werden darf.

Die Sozialdemokratie blickt auf eine große Vergangenheit zurück, die mehr als 5 Jahrzehnte umfaßt. Und sie ist stolz auf diese Vergangenheit. Tradition ist etwas, was man einem Menschen nicht geben und auch nicht nehmen kann. Man besitzt sie, oder man besitzt sie nicht. Der Adelsstolz unserer ostelbischen Geschlechter wirkt nicht deshalb borniert, weil er auf große Taten bedeutender Geschlechter zurückblickt, sondern weil er sinnend geistlos die Aeste des Stammbaums zäh't und sich an der Zahl der Vorfahren berauscht. Diese Auffassung bedeutet ein Mißverstehen der Tradition. Wenn im Gegensatz zu diesem äußerlichen Adelsstolz auch die Arbeiterpartei mit Genugtuung ihrer Vergangenheit gedenkt, so tut sie dies, weil in dieser Vergangenheit Großes geleistet worden ist, und weil in ihr die Richtlinien für den Weg der Arbeiterklasse mit unverwischbarer Deutlichkeit festgelegt wurden. Sie ist nicht stolz auf die Tradition um der Tradition willen, sondern weil die Tradition Großes birgt. Und das ist ein Unterschied. Viele begreifen ihn nicht.

Wenn nun die neuen Kräfte kommen und freudig und uneigennützig ihre Dienste anbieten, dann läßt man sie zwar arbeiten und gewähren, aber es kommt unfehlbar der Zeitpunkt, da man ihnen mit grabesschwerer Stimme sagt: „Achtung, Tradition!“ Es wäre nur richtig allzu stürmisch Vorwärtseilende bisweilen daran zu erinnern, daß es für die Partei eine Vergangenheit gibt, aus der sich für die Zukunft viel lernen läßt. Die ständige, mit mechanischer Gleichmäßigkeit wiederholte Mahnung an die Tradition aber ist nicht geeignet, die Arbeitsfreudigkeit zu erhöhen. Der Hüter, der mit gezücktem Schwert vor dem Tempel des heiligen Gral steht und jedem Unberufenen den Eingang in die Weihestätte versagt, ist mehr als eine schöne mythologische Erscheinung. Er ist ein tiefsinniges Symbol dafür, daß jedem Menschen gewisse Schranken gezogen sind, die er nicht überschreiten darf, wenn er nicht frivol handeln und den gerechten Zorn der Götter hervorrufen will. Der Gralshüter aber soll wirklich nur den Eingang zum Allerheiligsten wahren. Nicht jedem, der sich von ungefähr nur der Tempelstätte nähert, darf er den Zutritt oder auch nur den Vorübergang wehren. Das könnte dazu verführen, überhaupt mit der Vergangenheit zu brechen und sich von dem Satz „Spuren schrecken“ leiten zu lassen. Man versteht, was ich hiermit sagen will.

Kein Zweifel, die neue Generation hat vieles nicht erlebt, was die alte geschaut und selbst geschaffen. Die alte aber vergesse nicht, daß auch sie einmal jung gewesen, und daß man auch sie vielleicht mit dem Hinweis auf eine noch ältere Generation zu ducken gesucht hat. Und weiter: Die alte Generation wird absterben, und mit Naturnotwendigkeit wird die neue ihren Platz einnehmen. Indem sie die alte also überlebt, erlebt sie ein Stück Parteigeschichte mit, das die alte nicht mehr kennen lernt, und wird so zum Träger der neuen Tradition. Die historische Mission, die die Alten erfüllt hat, wird abgelöst durch die gleiche Mission, die den Jungen obliegt. Das geschieht mit der Unabänderlichkeit eines Naturgeschehens.

Eine gute Tradition ist für jede Partei ein gutes Fundament. Wehe der Partei aber, die in freiwilligem Verzicht es ablehnt, auf dem Fundament den Neubau zu errichten. Nie wird sie einen Bau schaffen, der Größe verheißt. Die Liebe zu der Vergangenheit muß vom Kleben an ihr scharf geschieden werden, sonst wandelt sich Pietät in unfruchtbaren Orthodoxismus. Alter und Jugend mögen sich ergänzen, im Leben der Familie wie im Leben der Partei. Aber das Alter klebe nicht zähe am Alten und verwehre den Jungen den Aufstieg, soweit nicht dieser von egoistischen Zielen diktiert ist. Zwischen Vergangenheit und Zukunft liegt ein drittes, was uns am nächsten liegt, und wenn wir die Alten als Träger der Vergangenheit, die Jungen als Träger der Zukunft bezeichnen, so können sich beide in der Mitte nutzbringend und heilvoll vereinen: in der Gegenwart nämlich. Hier liegt der Wegweiser zur gemeinsamen Arbeit und zum positiven Schaffen im Dienste des gleichen Ideals. So lange geht hier der Weg gemeinsam, bis der natürliche Lauf der Dinge die alte Generation ablöst und die neue zur Trägerin des Kommenden und des Vergangenen wird.

Die Gegensätze zwischen der alten und der neuen Generation, zwischen dem alten und neuen Geist, zwischen den Heiligsprechern der Tradition um jeden Preis und ihrem Verehren um ihrer Größe willen sind da, und keine Macht der Welt ist imstande, die Gegensätze wegzudiskutieren. Um jedoch die ganze Gefahr, die in ihnen verborgen ist und die leicht zu einem Gegeneinander an Stelle eines Miteinander führen kann, zu erkennen, bedarf es der schonungslosen Aufweisung der Gegensätze. Vielleicht dienen die Andeutungen, die hier zu ihrer Beseitigung gegeben sind, dazu, die Atmosphäre etwas zu klären. Beide Teile müssen erkennen, was ihre Aufgabe ist und wo ihr die natürlichen Grenzen gesteckt sind. Beide müssen einsehen, daß sie im Dienste eines Dritten, eines Größeren stehen, im Dienste der Partei nämlich, die Verkörperer und Träger der sozialistischen Weltanschauung ist. Setzt diese Ansicht sich durch, so ist viel noch zu gewinnen und wenig verloren.

Notizen.

Politische Fidelitas. Einem Nachruf, den die badische Zentrumspartei dem vom Präsidentenstuhle des Freistaates Baden niedersteigenden Regierungspräsidenten Anton Geiß (Mannheim) widmet, entnehmen wir folgende Mitteilung:

„An die oben angeführten Daten kann noch angefügt werden, daß Geiß in seiner Eigenschaft als Vizepräsident den Kriegslandtag am 4. Februar 1915 leitete und mit einem Hochruf auf den Großherzog schloß.“

Die Strafe für diese „praktische Parlamentsarbeit“ des mehrheitssozialistischen Führers folgte im November 1918, als Geiß in Zwingenberg als „revolutionärer“ Präsident seinen geliebten Landesvater um die Abdankung ersuchen mußte.

Polnische Uebergriffe. Die Presse meldet aus Marienwerder, daß in Soldau ein deutscher Zug von den Polen festgehalten und das Personal desselben gewaltsam fortgeführt worden sei. Die deutschen Beamten weigern sich infolgedessen den Zugverkehr aufrechtzuerhalten.

Das englische Proletariat für den Freiheitskampf der Iren. Der Londoner Daily Herald berichtet: Die britische Arbeiterpartei nahm eine Entschließung an, welche **die Proklamierung des Generalstreiks aller Arbeiter in Aussicht stellt,** wenn Irland von England durch militärische Machtmittel weiter unterdrückt werde. — Der Postzug von Queenstown nach Cork wurde durch bewaffnete Männer in der Gegend von Queenstown angehalten und der Postsendungen, besonders sämtlicher Postsachen für Militär und Marine, beraubt. Der Sinnfeiner-Kommandant Thomas Hales von der 3. Cork-Brigade wurde gefangengenommen.

Hölzprozesse.

In Sachsen spitzen verschiedene Kreise schon die Ohren ob der künftigen Sensation der Hölzprozesse. Hölz selbst wurde bekanntlich in Böhmen bedingungsweise zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt. Damit freilich scheint man sich nicht bescheiden zu wollen. Es schwebt noch das Ansuchen der deutschen Regierung auf Auslieferung. Wir haben seinerzeit die Ereignisse im Vogtlande und das Auftreten von Hölz kritisch gewertet und keinen Zweifel darüber gelassen, daß, abgesehen von allen persönlichen Momenten, Einzelaktionen solcher Art den Kampf der Arbeiterschaft nicht fördern können, sondern ihn naturgemäß nur hindern müssen. Zur Befriedigung der Spießergelüste aber den Fall auszubeuten, liegt keine Veranlassung vor und die deutsche Regierung sollte sich an dem verständigen Urteil des tschechischen Gerichts ein Beispiel nehmen.

Inzwischen wird jedoch das Amnestiegesetz in Kraft getreten sein, so daß die gesamten Prozesse hinfällig werden würden, wenn in Deutschland revolutionäre Illusionäre nicht anders behandelt würden, als reaktionäre Staatsstreichler.

Die Kohlenproduktion im 1. Halbjahr 1920.

Im Reichsanzeiger veröffentlicht das Statistische Reichsamt eine Nachweisung über die Kohlenproduktion des Reiches in den Monaten Januar bis Juni 1920. Es lieferten in dieser Zeit Steinkohlen die Gruben im ganzen Reiche mit Ausnahme des Saarreviers und der Pfalz 61 889 897 Tonnen, Braunkohlen 52 204 380 Tonnen. Koks wurde in demselben Gebiet und in derselben Zeit produziert: 11 638 824 Tonnen, Steinkohlenbriketts 2 230 002 Tonnen, Braunkohlenbriketts 11 281 296 Tonnen. Gegen das Vorjahr wurde die Produktion erheblich erhöht. 1919 hatte sie einschl. des Saarreviers und der Pfalz betragen: Steinkohlen 53,57, Braunkohlen 43,54, Koks 9,94, Steinkohlenbriketts 1,8 und Braunkohlenbriketts 9,62 Millionen Tonnen.

Von der Steinkohlenförderung lieferte im ersten Halbjahr 1920 der Bezirk Dortmund allein 39,5 und Oberschlesien 15,86 Millionen Tonnen. Hauptbraunkohlengebiete sind: Bezirk Halle mit 25,68 und Bezirk Bonn mit 14,17 Millionen Tonnen Förderung. Die Koksproduktion betrug im Bezirk Dortmund 9,13 und in Oberschlesien 1,19 Millionen Tonnen, die Steinkohlenbrikett-Herstellung im Bezirk Dortmund 1,61 Millionen Tonnen und die Braunkohlenbrikett-Fabrikation im Bezirk Halle 5,81 und im Bonner Bezirk 3,07 Millionen Tonnen.

Gewerkschaftliches.

Die Ausstandsbewegung in Norwegen

greift nach Meldungen aus Christiania, weiter um sich. Zu den Konflikten mit den Eisenbahnangestellten, den Matrosen und Heizern der Küstenschiffahrtslinien haben sich zahlreiche örtliche Ausstände gesellt. Gleichzeitig dauern die Ausstände in der Woll- und Textilindustrie, sowie im Wäschereigewerbe an. In Christiania droht ein Straßenbahnerausstand. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei scheint zu einer energischen Aktion entschlossen zu sein.

Allerlei.

Siebenlinge von einer Mutter geboren!

Aus London wird gemeldet: Siebenlinge, sechs Jungen und ein Mädchen, gebar laut Birmingham Weekly Post eine Eingeborene im ehemals deutschen Dar-es-Salaam. Der bisher der Wissenschaft bekannte „Rekord“ sind ganz vereinzelte Fälle von Fünflingen.

Millionenschiebungen in Oesterreich.

Wien, 8. August. Wie die Abendblätter melden, sind die Behörden einem meist aus Italienern bestehenden Konsortium auf die Spur gekommen, dessen Mitglieder mit Benutzung teils echter, teils falscher Dokumente sich als Mitglieder fremdländischer Kommissionen ausgaben, um namentlich in den Nationalstaaten große Valutaschiebungen durchzuführen. Die Summe der Valutaschmuggeleien wird auf 60 Millionen Kronen beziffert. Bei Haussuchungen, die mit Wissen der fremden Kommissionen bei den betreffenden Personen durchgeführt wurden, sind 10 Millionen Kronen beschlagnahmt worden.

Leder oder Gummi?

Tragen Sie versuchsweise einen Leder- und einen Continental-Gummi-Absatz. Sie werden finden, daß letztere jeden Schritt wohltuend beeinflußt, eine erheblich längere Lebensdauer hat und sich daher im Gebrauch billiger stellt. Tragen Sie deshalb

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Sangerhausen

Es ist eine Gans zugelaufen, ein Schlüsselbund und eine Harke gefunden.

Sangerhausen, den 7. August 1920.
*1369 **Die Polizeiverwaltung.**

Ausgabe der Brotkarten.

Die Brotkarten für die nächsten 6 Wochen werden am Dienstag, den 10. und Mittwoch, den 11. d. M., im Zimmer Nr. 17 ausgegeben und zwar: Dienstag vormittag von 7—12 Uhr, die Nummern 1—1384, nachmittags von 2—5 Uhr, die Nummern 1385—2504, Mittwoch vormittag von 7—12 Uhr, die Nummern 2505—3569. Der Lebensmittelausweis ist mitzubringen.

Sangerhausen, den 9. August 1920.
*1370 **Der Magistrat.** Gründlich.

Es wird immer wieder die Beobachtung gemacht, daß die Bürgerschaft in die Straßeneinfallschächte, die lediglich für die Ableitung des Regenwassers bestimmt sind, Schmutzwasser und Straßenkehricht einführen. Hierdurch werden die Schächte verstopft, so daß sie, namentlich bei starken Niederschlägen, das Regenwasser nicht mehr aufnehmen können. Die Beteiligten werden mit dem Bemerken darauf hingewiesen, daß ein derartiges Verfahren strafbar ist.

Sangerhausen, den 6. August 1920.
*1371 **Die Polizeiverwaltung.**

Der von der Gemeindevertretung in Ustrungen zum Gemeindevorsteher gewählte Molkereibesitzer Wilhelm Möhle ist von mir bestätigt und für sein Amt verpflichtet worden.

Sangerhausen, den 5. August 1920.
*1363 **Der komm. Landrat.** Kasparek.

Wolfen.

Eröffnung einer Volksbibliothek in Wolfen.

Am 12. August 1920 wird die jetzt fertig gestellte **Volksbibliothek in Wolfen,** die sich in den Gemeinderäumen befindet, eröffnet. Man ist bemüht gewesen, in dieser der Allgemeinheit gehörenden Bücherei die besten Werke der unterhaltenden Literatur (Romane, Erzählungen, Novellen, Gedichte u. Briefe) und des volkstümlichen Wissens zusammen zu tragen. Selbst der Kunstfreund, der Aesthetiker und der Sportler finden hier ihren Lesestoff. Die Bücherausgabe findet vorläufig jeden Donnerstag zwischen 5 u. 7 Uhr nachmittags im Gemeindeamt in Wolfen, erstmalig am 12. August d. J., statt. Man darf wohl hoffen, daß die Volksbibliothek der Benutzung und Unterstützung aller Kreise unserer Gemeinde sicher ist. *1365

Delitzsch

Zucker-Sonderzuweisung.

In nächster Zeit gelangt an die hiesigen Einwohner je 250 Gramm Auslandszucker für 3,70 Mk. und 250 Gramm Inlandszucker für 1 Mk. zur Verteilung. Die Ausgabe der Zuckermarken hierfür erfolgt gegen Vorzeigung der Lebensmittelscheine im Lebensmittelbureau Leipziger Str. 1 in der Zeit vom 11.—14. d. M. Die Ausgabezeiten sind im Lebensmittelbureau durch Aushang ersichtlich. *1366

Delitzsch, den 9. August 1920. **Der Magistrat.**

Verkauf von Auslandsspeck. *1366

Donnerstag, den 12. d. M., von früh 7 Uhr an, in allen Fleischereien auf Abschnitt Nr. 126 der Lebensmittelscheine je 1 Pfund Auslandsspeck für 12 Mk.

Delitzsch, den 9. August 1920 **Der Magistrat.**

Bitterfeld

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 3. August 1920, betreffend Ausgabe von Rangoonbohnen, weisen wir auf folgende Bereitungsart hin: Rangoonbohnen sind mindestens 3 Stunden in zeitweise unbedecktem Topfe zu kochen, das Wasser, in dem die Bohnen kochen, ist gegen das Ende zweimal abzugießen und zu erneuern.

Bitterfeld, den 6. August 1920.
Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

Von heute an steht ein Transport **großer** und **kleiner**

Futterschweine

preiswert zum Verkauf. 2818

O. Bruchhardt, Trothaer Straße 4.
Tel. 3569.

Altkleiderstelle,
Kl. Ulrichstraße 15, kauft
Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente, auch neu.
Telephon 4414. 1998

Solbad Fürstental
Robert Franzstr. 10.

Schulbücher aller Art
Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister 2c.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung.

Dauerhafte
Hosenträger
Ia Gummi, mit Lederstrippen, äußerst preiswert. 2136
H. Krasemann,
nur Schmeerstraße 19.

Ein- und Verkauf
neuer und gebrauchter Möbel, Polsterwaren, Federbett., Wäsche usw.
Frau Rust,
Sternstr. 6. Sternstr. 6.
Telephon 3579. 1997

Möbl. Zimmer
in Ammendorf oder Halle gesucht. Näheres an die Expedition d. Bl. unter **V. H. 684.** 2812

Singer-Nähmaschinen
Oberteil langschiff, gut nähend, z vk. Nehme auch nicht mehr nähende mit in Zahlung. 2814
Breitestraße 23a, I. l.

Ehrenerklärung.

In der Vergleichssache
Otto Frauendorf
wider *1376
Frau **Minna Kupfer**
zu Nietleben hat Letztere die Beleidigung des Ersteren mit dem Ausdruck des Bedauerns gebührenpflichtig zurückgenommen.

Der Schiedsmann
im Bezirk Nietleben.

Küchen, Schlafzimmer u. **einzelne Möbel**
jeder Art, empfiehlt in großer Auswahl
G. Schaible,
Möbelfabrik.
Große Märkerstraße 26
am Ratskeller. 2825

Neue und gebrauchte, weiße und bunte Bettbezüge, Hemden, Handtücher, Schürzen usw., kauft zu hohen Preisen.
Frau **Hornickel,**
Gr. Klausstr. 19, 2693
Ecke Domstr. Fernr. 4314.

Sämtl. Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200810-11/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD.

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. — Fernsprecher 1472.

R. B. Mittwoch, den 11. August 1920, abends 7 Uhr, im Volkspark: Sitzung.

Mitglieder-Versammlung.

Ammendorf (gesamte Distrikte).

Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr, im Gasthof Greie.

Tagesordnung:
1. Die gegenwärtige politische Lage.
2. Wahl des Distriktsleiters.

2816 Der Vorstand.

Gewerkschaftskartell Halle (Saale).

Freitag, den 13. August 1920, abends 7½ Uhr, im Volkspark, Burgstr. 27:

Kartell-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über die eingegangenen Bewerbungen, deren Prüfung und Wahl je eines Gewerkschafts- und Arbeiter-Sekretärs.
2. Die Stellung des Kartells zu den gefaßten Beschlüssen in der Betriebsratsfrage.
3. Eingänge und Mitteilungen, darunter Bericht von der Bezirks-Kartellkonferenz, und Wahl eines Vertreters in die Kontrollkommission sowie zwei Volksparkvertretern. 2815

Die Vorstände der Gewerkschaften werden hiermit zu dieser wichtigen Versammlung eingeladen und wollen vollzählig erscheinen. Sie haben sich einen mit dem Stempel des jeweiligen Verbandes versehenen Ausweis ausstellen zu lassen. Die Kartelldelegierten haben ihre Legitimationskarte vorzulegen.

Ohne Ausweis kein Zutritt. Der Kartellvorstand. J. A. E. Winkler.

Ich zahle

bis auf weiteres für:

Wolle . . . . . Kilo 10 ℳ	Lumpen . . . . . Kilo 40 ₰
Alt-Papier . . . „ 20 ₰	Bücher u. Zeitungen „ 40 ₰
Kupfer . . . . . „ 5 ℳ	Messing . . . . . „ 120 ₰
Blei . . . . . . „ 1 ℳ	Zink . . . . . . „ 80 ₰

Ferner habe ich für Felle aller Art, Knochen Eisen usw. die beste Verwendung.

Nur **Anna Theuring,**

42 nur **Große Wallstraße** 42

Fernruf 4263. 2836

Karte oder Telephon genügt, um alles sofort kostenlos abzuholen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle.

Sonntag, d. 15. August: Wanderfahrt nach Holzweißig früh 7 Uhr vom [illegible]. Mittags 12 Uhr nach Wansleben zum Bezirksfest. Bitte um starke Beteiligung.

Freitag, den 27. August, abends 7½ Uhr, im Volkspark: Mitglieder-Versammlung. Der Vorstand.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"

Mittwoch abend 7 Uhr: Auf der Peißnitz: Spiele und Volkstänze.

Donnerstag abd. 7½ Uhr im Stadtheim, Kl. Berlin 1: Monatsversammlung. Bericht von Salzburg. Mitgliedskarten mitbringen.

Sonntag mit Vorabend: Zum Wald- u. Wiesenfest der Ortsgruppe Leipzig. Meldung bis Donnerstag abend beim Führer.

Mandol.-Gesellschaft Harmonie, Halle a. d. S.

Vereinslokal: Restaur. Selba, Dorotheenstr. 12. Jed. Mittwoch: Uebungsst.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.

Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsstd.: Jeden Freitag, abends 7 Uhr, in Borks Restaurant, Kurze Gasse 1.

I. Athletenklub von 1898 in Halle a. d. Saale.

Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Freie Sozial. Jugend.

Ortsgruppe Halle. Heim: Rathausstr. 16, geöffnet v. 7-10 Uhr abds.

Heute, Dienstag: Mitgliederversammlung. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen all. Mitglieder unbedingt notwendig.

Mittw.: Mädchenabend.

Donnerstag: Uebungsstunde.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.

Vereinslokal: Lindenhof.

Gesangs-Abteilung: Jed. Donnerstag 8-10 Uhr.

Dramatische Abteilung: Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.

Turn-Abteilung: Dienstag u. Freitag 8-10 U.

Mandolinen u. Wander-Abteilung. Mittwochs: Uebungsstunde.

Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf

Turn- und Sport-Verein Fichte, Ammendorf.

Abteilung Ammendorf. Schützenhaus. Turnst.: Dienstags und Freitags von 8—10 Uhr.

Abteilung Osendorf, Dreierhaus. Turnstunde: Dienstags u. Freitags von 8—10 Uhr.

Schüler-Abteilung für Ammendorf: Mittwoch von 5—7 Uhr.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.

Für Männerchor jeden Dienstag, abends 8 Uhr, für Frauenchor jed. Donnerstag, abends ½9 Uhr, in Teichmanns Hotel: — Singestunden. —

Chesterfield

Mille 500 Mk., Camel, Happy M., Nebo u. a.

Postst. 6, Karl Gimpel. 2813

Apollo-Theater. 2821 Anf. 8 Uhr.

„Nanni geht tanzen."

Operette in 3 Bildern von Edmund Eysler.

Vorverk. 9-1 u. 5-½7 Uhr.

---

3 Könige

Ständig steigenden Erfolg! erzielen die Künstler des neuen Programms!

Bad Wittekind

Heute Dienstag, *1378 8 Uhr abends:

Gr. Abendkonzert

vom verstärkten Philharm. Orchester. (Operett. u. Walzer) als Ehrenabend für Obermusikmstr. Karl Stoner.

Großer Posten **Wecker**

gebraucht, aber gut durchrepariert, von 18 Mk. an zu verkaufen.

Otto Ursin, Uhrmacher, Sternstraße 6, I. 2822

Reichsnotopfer

Steuererklärung fertig. Bücherrevisor Beyer, Halle (Saale), Steinweg 12. Telephon 3841. *1375

Chesterfield

und andere Marken mehr. 2827

A. M. Berndt, Alte Promenade 6.

Werbt für das Volksblatt.

Deutscher Eisenbahner-Verband

Ortsgruppe Halle (Saale).

Achtung, Betriebsräte!

Donnerstag, den 12. August, abends 7¼ Uhr, im Zentral-Theater-Restaurant (Schulstraße):

Vollversammlung der Betriebsräte

die im D. E. V. organisiert sind.

Wicht. Tagesordnung! Erscheinen aller ist Pflicht!

Zutritt nur gegen Betriebsrats-Ausweiskarte und Verbandsbuch. 2817

Wer noch nicht im Besitze eines Ausweises ist, hole sich denselben sofort vom Bureau ab.

Ohne solchen kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Festsäle „Goldener Hirsch".

Jeden Mittwoch: **Oeffentlicher Tanz.** *1361

Schloß Freiimfelde

Mittwoch, den 11. August, von 7 Uhr an:

Kavalier-Ball. 2813

Mittwoch: **Sonderfahrt n. Röpzig**

Abfahrt 3 Uhr ab Genzmer-Brücke.

*1374 Salonschiff „Monika"

Wo? kauft man

Fahrradmäntel von 82 Mk. an,

Schläuche . . . . . . von 25 Mk. an,

bei 2785

P. Rode,

Streiberstr. 14. Eing. Thomasiusstraße.

Transportgurte,

gebraucht, für Pantoffelfabrikation, sowie auch

Lederklappen

von gebrauchten Sätteln, in großen Mengen verkauft preiswert *1306

Sternlicht, Alter Markt 11. Telephon 1388

Vermißt

wird seit Sonntag, den 1. August mein Mann, derselbe weilte in der Hallischen Augenklinik zur Behandlung und ist von seinem Stadturlaub nicht wieder zurückgekehrt. Kleidung: hellgrauer Anzug, schw. Schuhe und dunkl. Hut. Alter 43 Jahre. Zweckdienliche Angaben nimmt die Hallische Polizei entgegen. *1362

Frau Anna Knape, Piesteritz b. Wittenberg, Coswiger Straße 102.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung

2819 In meinem

Saison-Ausverkauf

habe ich eine Zusammenstellung auffallend billiger, guter Schuhwaren getroffen und bietet sich Ihnen eine enorm günstige Kaufgelegenheit, sich für jetzt und den Herbst einzudecken.

Damen-(beige) Chevreau-Schnürschuh (Rahmenarb.) 35/40	98⁵⁰
Damen-Spangenschuh für Haus. M. 46,50 i. Boxcalf (Rahmenarb.)	128⁵⁰
Damen-Halbschuh, Schnür- in echt Chevreau u. Boxcalf, auch Lackk.	138⁵⁰
Damen-Stiefel echt Chevreau u. Rosschevreau, beste Fabrikate mit u. ohne Lackkappe, Schafthöhe 20 cm	148⁵⁰
Herren-Strapazier-Stiefel, solides Fabrikat	138⁰⁰
Herren-(braune) Rindbox-Halbschuh (Rahmenarbeit)	158⁰⁰
Herren-Stiefel, Rindbox 178, **Ross-Chevreau,** beides in ganz gediegener Lederausführung . .	158⁰⁰
Einzelpaare Damenst. u. **Halbschuh** mit kleinen Fehlern von	48⁰⁰ an

Besichtigen Sie bitte mein Schaufenster.

Schuhhaus Roland, Steinweg 19.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit."

Sonntag, den 15. August: Ausfahrt nach Braschwitz mittags 12 Uhr von Horn.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts."

Vereinslokal: Horn, Hackebornstraße 4. Versammlung: Dienstag nach dem 1. im Monat.

I. Gitarre-Zither-Verein, H.-G.

Vereinsl.: Lüderitz Berg, Reilstraße 47. Jed. Mittw. ½8 Uhr: Uebungsstunde.

Turnverein Fichte.

Männer-Abteil., Norden: Dienst. u. Freitag 8-10 U.

Turnerinnen: Mittw. 8-10. Volkspark-Turnhalle.

Männer-Abteil., Süden: Montag und Freitag, von 7—9 Uhr, i. d. Glauchaer Schule, Taubenstraße.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigt., -Teilnehmer und -Hinterbliebenen. Ortsgruppe: Halle (S.)

Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, im Restaur. Kautzsch, Martinsberg, Mitglieder-Versammlung. Montag und Donnerstag jede Woche, abends 6—7 Uhr: Rechtsauskunft.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl., Ortsgr. Halle.

Mittwoch, d. 11. August: Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Bezirkskonferenz.
2. Wahl der Delegierten.
3. Ber. d. Unterstützungskommission.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag: Millimeter 10 Mark.

Arbeiter-Sänger-Chor

Singestunde: Tenöre Mittwoch abend 8 Uhr, Bässe Freitag abd. 8 Uhr.

Frauen- und Mädchenchor.

Jed. Dienstag ½9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Stern" Vereinslok. Lohse, Humboldtstraße 1. Mittwoch nach d. 1. u. 15. i. Monat: Versammlung.

Arb.-Samariter-Kol. Halle

Jed. Freitag: Uebungsstunde in der „Goldenen Reite", Alter Markt.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S. (E. V.)

Uebungsstunden: Dienstag und Freitag ab 6 Uhr im Johannesbad für Damen und Herren.

Gläns. Nebenverdienst für Pers. beid. Geschl., die in größ. Betr. tät. sind od. gr. Bekanntenkreis hab. Ang. an L. Krüger, Hamburg 22, Glückstr. 54. *1364

Brennholz, *1367

à Zentn. 10 Mk.

Verkauft Abbruch am **Wasserwerk Beesen.**

2808 **Schuhmacher!**

Einrichtung z. verkaufen Diemitz, Werderstr. 8.

Wiedereröffnung!

Privat-Mittagstisch.

Merseburger Str. 5 pt. 2809

Liesb. [illegible]ackenberg.

2810 **Geld-Darlehn**

auch auf Möbel, erhalten reelle Personen durch

Paul Keller, Hafenstraße 45.

Lumpen, Wolle, Neutuch Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchst. Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 1999 Ludwig, Schwetschkestr. 14.

Versuchen Sie

Oetker's Milch-Eiweiß-Pulver

mit Triebzusatz

Nahrhaft u. gebrauchsfertig wie

2-3 Eiweiß

für Pfannkuchen, Klöße, Kuchen, Torten.

Man verlange Rezeptbuch 8 von den Nährmittelwerken Oetker G. m. b. H. Bielefeld.

*1366

Amtliche Bekanntmachungen

Besitzwechsel von allgemein beschlagnahmten Pferden innerhalb des Stadtkreises Halle kann nicht nur in wirtschaftlich dringenden Fällen, sondern auch in anderen Fällen durch den Unterzeichneten gestattet werden. Anträge auf Besitzwechsel solcher Pferde innerhalb der Provinz Sachsen sind dem Unterzeichneten zwecks Weitergabe an den Herrn Oberpräsidenten vorzulegen.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Mittwoch, den 11. August 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 43501—45500, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 45501—48000 nachmittags von 2—6 Uhr. Es können an jede Person eines Haushaltes 115 g zum Preise von 1 Mk. abgegeben werden.

Städtischer Verkauf von Bratfett (kein Pflanzenfett), Reis, Armee-Konserven mit reichlich Fleisch, sowie Roß-Rot- und Leberwurst

in der Talamtschule, am Mittwoch, den 11. August 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 48001—53000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 53001—57000 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mk. für das halbe Pfund, ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. für das halbe Pfund, 1 Dose Armee-Konserven zum Preise von 6,50 Mk. und eine ½ Kilo-Dose Roßwurst zum Preise von 5,00 Mk. abgegeben werden.

Familien-Nachrichten

Landarbeiter-Verband :: Ortsgruppe Brehna

Sonntag, den 8. August, verstarb plötzlich unser Kollege

Karl Vetter

in der Klinik zu Halle.

Die Kollegen der Ortsgruppe Brehna werden gebeten, bei der Beerdigung am Donnerstag-nachmittag 3 Uhr zahlreich zu erscheinen.

*1373 Der Vorstand.

Am Sonnabend, abends 11½ Uhr, verschied infolge eines Schlaganfalles unser hochverehrter Chef, der Mitinhaber der Firma Ludwig Kathe & Sohn, Herr

Ludwig Kathe

Die Arbeiterschaft verliert in ihm ihren ruhigen und wohlwollenden Chef und wird sein Andenken stets in Ehren halten. 2811

Die Gesamtarbeiterschaft der Firma

Ludwig Kathe & Sohn,

Halle-Diemitz.

Verwandten, Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß in der Sonntagnacht um 1 Uhr unsere innigstgeliebte jüngste Tochter

Hildegard

nach kurzer, schwerer Krankheit verschieden ist.

In tiefem Schmerz

Otto Minze und Frau nebst Angehörigen.

Halle (Saale), den 10. August 1920. [illegible] Str. 32.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt. 2820

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200810-11/fragment/page=0004

Die Klassenjustiz in Mitteldeutschland.

Rede des Gen. Düwell im Reichstage.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie an die Rechtsprechung erinnern, die insbesondere die mitteldeutschen Gerichte — ich habe da die Schwurgerichte in Halle und Naumburg im Auge — gegen die mitteldeutschen Arbeiter geübt hatten.

Ich denke besonders, um nur ganz wenige, besonders charakteristische Fälle herauszugreifen, an die

Verurteilung meines Parteifreundes Kilian

zu drei Jahren Gefängnis. Kilian war Vorsitzender des Hallischen Arbeiterrates und hat in einer aufgeregten Zeit, in der Zeit des mitteldeutschen Bergarbeitergeneralstreiks im März vergangenen Jahres, nichts weiter als seine Pflicht getan. Er hat auch vorher nach Ausbruch der Revolution nur seine Pflicht getan, die darin bestand, für Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln zu sorgen. Man hat ihm Landfriedensbruch, Nötigung, Hochverrat und alles sonst mögliche zur Last gelegt, und obwohl fast alle Zeugen, die von der Staatsanwaltschaft geladen waren, durchaus günstig für Kilian aussagten, ist man zu der ungeheuerlichen Verurteilung Kilians zu drei Jahren Gefängnis gekommen, lediglich auf die Aussagen von drei Leuten hin,

die notorische Lockspitzel waren,

(Hört, hört! bei den US.) von denen einer sich seiner Lockspitzeleien öffentlich gerühmt hat und von denen der andere ein vorbestraftes Subjekt, ein Zuchthäusler, war. (Hört, hört! bei den US.) **Diesen Halunken hat man geglaubt, den vielen Arbeitern, die günstig für Kilian aussagten, hat man nicht geglaubt.**

Erst vor kurzem ist gerade von diesem Schwurgericht in Halle wieder ein Urteil gefällt worden, das zum Himmel schreit. Es betraf den Bruder des bekannten Leutnants Ferchlandt, der zu fünf Jahren Gefängnis wegen angeblichen „Hochverrats" verurteilt worden ist. Auch Ferchlandt wurde hauptsächlich

von denselben Halunken belastet,

die im Kilian-Prozeß als die Schwurzeugen der Staatsanwaltschaft auftraten, von denselben Halunken, mit denen umzugehen sich jeder anständige Mensch hütet, weil er denkt, er mache sich schmutzig. Ferchlandts Bruder, ein ganz junger Mensch, hat in Sorge um seinen Bruder versucht, die Belastungszeugen, die beiden Spitzel Hartung und Weider, davon zu überzeugen, daß sie seinem Bruder Unrecht täten, daß die Vergehen und Verbrechen, die sie bezeugen wollten, sein Bruder nicht begangen habe. Man hat dann das Verhalten dieses jungen Menschen so gedreht, daß man eine „Verleitung zum Meineid" daraus machte und ihn auf nicht weniger als 1½ Jahr ins Zuchthaus steckte. Gleich ins Zuchthaus!

Diese Liste könnte ich bis ins Unendliche verlängern. Ich erinnere zum Beispiel daran, daß wegen Vorfällen aus den aufgeregten Tagen des Kapp-Putsches in Mitteldeutschland ein Urteil gegen drei Arbeiter aus Eisleben gefällt wurde, die angeblich den Bergrat Vogelsang von der Mansfeldschen Kupferschiefer bauenden Gesellschaft ermordet haben sollten. Die Sache war einfach so: Die Arbeiterschaft im Mansfeldschen Kreise war zur Abwehr des Kapp-Putsches bewaffnet worden mit Zustimmung des Kreisausschusses und mit Zustimmung des Landrates. Die drei verurteilten Arbeiter hatten den Auftrag bekommen, eine eilige Fahrt nach Hettstedt auszuführen. Sie benötigten dazu, da die Straßenbahn nicht fuhr, eines Autos. Sie haben versucht, es zu bekommen, und kamen auch zum Bergrat Vogelsang in Eisleben. Anstatt nun in aller Ruhe mit diesen Leuten zu verhandeln, kam dieser Herr mit geschwungenem Revolver herausgestürzt, faßte einen der Arbeiter am Arm und begann gleich zu schießen, ohne daß irgend die geringste Gewalttätigkeit gegen ihn verübt worden wäre. (Hört, hört! bei den US. — Widerspruch und Zurufe rechts.) Es ist ganz selbstverständlich, daß es aus einem solchen Vorgehen heraus zu einer Abwehr kam. Es entstand eine allgemeine Schießerei, in der der Bergrat Vogelsang ums Leben kam, und obwohl vor Gericht kein einziger Belastungszeuge auftrat, der bekundet hätte, daß die drei Angeklagten den Bergrat Vogelsang erschossen hätten, wurden sie zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt. (Zuruf rechts: Schwurgericht!) Vor dem Schwurgericht in Halle! (Zurufe von den Deutschnationalen und von der Deutschen Volkspartei: Volksgericht! Da sind sie doch am meisten beteiligt!)

Wenn Sie schon von Schwurgerichten als von Volksgerichten reden, Herr Kollege, so möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die Arbeiterschaft unter den Geschworenen niemals vertreten ist, systematisch ausgeschaltet wird. (Lebhafter Widerspruch bei der Deutschen Volkspartei und bei den Deutschnationalen.) Es sind Angehörige Ihrer Klasse (nach rechts), die zu Gericht sitzen hier über Arbeiter. (Lebhafte Rufe rechts: Das ist völlig unrichtig! Die Arbeiterschaft ist auch darin!)

Ganz besondere Leistungen auf dem Gebiete der klassenmäßigen Ausnahmebehandlung der Arbeiterschaft aber hat sich das Naumburger Schwurgericht zuschulden kommen lassen. Es hat kürzlich gegen 40 Angeklagte ein entsetzliches Zuchthausurteil gefällt, nicht weniger als 79 Jahre Zuchthaus und 53 Jahre 4 Monate Gefängnis. Weshalb? — Wegen eines angeblichen Totschlages eines Leutnants, wegen Aufruhrs usw. usw. Die Vorgänge waren kurz die: Es war bekanntlich im März 1919 in Mitteldeutschland aus der Erregung darüber, daß die damalige Regierung, wie schon so häufig, ihr Wort gebrochen hatte, indem sie die Sozialisierung, die sie versprochen hatte, zwar an den Straßenecken plakatierte, aber keine Miene zur Durchführung machte zu einem Generalstreik gekommen. Daraufhin hatte man nichts Eiligeres zu tun, als Militär nach Mitteldeutschland zu senden, und es kam auch eine Truppe nach Zeitz. Dieses Militär benahm sich unter der Führung eines Hauptmanns v. Winterfeldt außerordentlich provozierend. Es wurden, ohne daß der mindeste Versuch, ohne daß die mindeste Absicht einer Ruhestörung durch die Arbeiter nachzuweisen gewesen wäre, an allen Straßenecken Maschinengewehre aufgestellt, und als die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates in Zeitz den Hauptmann v. Winterfeldt auf das Provozierende seines Vorgehens aufmerksam machten, sagte er:

„Das ist gar nicht so schlimm, wenn es zum Blutvergießen kommen sollte; ich habe das in Berlin mitgemacht. Wenn erst die Maschinengewehre einmal schnattern, wenn die Zeitzer Arbeiter mit den Schnauzen auf dem Pflaster liegen, dann sollen Sie einmal sehen. Ich bin auch mit den Berliner Arbeitern fertig geworden."

(Erneute erregte Zurufe von den US.) In dieser zynischen, unsäglich rohen Art und Weise hat sich also ein Vertreter der sogenannten gebildeten Stände gegenüber den einfachen Zeitzer Arbeitern benommen. Daß das die Empörung der Arbeiterschaft bis aufs äußerste gereizt hat, das war doch ganz selbstverständlich.

Es kam aber noch mehr hinzu. Selbst diese Provokation hatte die Arbeiterschaft nicht veranlaßt, irgendwie etwas zu unternehmen, nur war durch den Arbeiter- und Soldatenrat, um Schlimmeres zu verhüten, ein Teil des Militärs entwaffnet worden. Dies vollzog sich ohne jeden weiteren Zwischenfall. Dann kam ein Leutnant namens Schröder in provozierendster Weise um die Mittagsstunde durch die Zeitzer Straßen spaziert, mit umgeschnallten Revolver, schwer bewaffnet bis an die Zähne. Man machte ihn darauf aufmerksam, daß sein Verhalten provozierend wirken müsse, daß er sich entwaffnen solle, daß er seine Waffen zu Hause lassen solle, wenn er spazieren gehen wolle. Anstatt nun in Ruhe auf diese Vorhaltungen zu antworten, schoß der Leutnant ohne jeden Anlaß lediglich deshalb, weil ein Matrose ihn am Arm gefaßt hatte und versuchte, ihm plausibel zu machen, daß er seine Waffen ablegen müsse, (Lachen rechts) diesen Matrosen nieder.

Daß bei diesem feigen, bei diesem brutalen Mord die Empörung überfloß, ist ganz selbstverständlich. Die Masse fiel über den Leutnant her, und er kam dabei bedauerlicherweise zu Tode.

Obwohl nun keinem einzigen der vielen Angeklagten, die in diese Affäre verwickelt waren, nachgewiesen werden konnte, daß sie an einer Mißhandlung des Leutnants Schröder teilgenommen hatten, wurden sie zu den ungeheuerlichen Strafen verurteilt, die ich Ihnen vorhin bekanntgab. Alle Entlastungszeugen, ja, nicht nur Entlastungszeugen, sondern fast alle Zeugen, die von der Staatsanwaltschaft geladen waren, bekundeten fast ausnahmslos, daß sie nichts darüber aussagen könnten, daß sie nicht gesehen hätten, daß irgendeiner von den 40 Angeklagten den Leutnant Schröder totgeschlagen hätte. Es war wiederum ein ganz übles, wahrscheinlich ein bezahltes Subjekt, ein Landstreicher, ein notorisch wiederholt vorbestrafter Landstreicher, der dem Naumburger Staatsanwalt

als Kron- und Schwurzeuge diente,

auf Grund dessen Aussage dann das ungeheuerliche Urteil gefällt wurde. Man hat es nun vor Gericht so darzustellen versucht, als ob der Hauptmann v. Winterfeldt, der der Führer in Zeitz war, und dessen Truppen vom Arbeiter- und Soldatenrat entwaffnet wurden, so schwer mißhandelt worden sei, daß er aus dem Dienst der Reichswehr hätte ausscheiden müssen. Die Dinge lagen aber anders. Der Hauptmann v. Winterfeldt bekundete schon im März 1919 die Gesinnung, die auch die Herren Kapp und Lüttwitz im März 1920 bekundet haben. Er nahm an dem Kapp-Lüttwitz-Putsch teil und wurde aus diesem Grunde aus der Reichswehr entfernt. Hört, hört! bei den US.) Ein Naumburger Staatsanwalt, der das ganz genau wissen mußte, machte trotzdem den Versuch, um das Gericht gegen die Angeklagten einzunehmen, nachzuweisen, daß Hauptmann von Winterfeldt infolge der im März 1919 erlittenen Verletzungen aus dem Dienste der Reichswehr hätte ausscheiden müssen. (Zuruf von den US.: Ein staatsanwaltschaftlicher Lügner!)

Im Zusammenhang mit dieser Affäre hat man dann den Hauptmann v. Winterfeldt für einige Stunden inhaftiert, um ihn der Wut der Volksmenge zu entziehen. Daraufhin wurde eine Anzahl von Zeitzer Bürgern wegen Freiheitsberaubung angeklagt, darunter auch mein Parteifreund Drechler. Drechler ist Stadtrat in Zeitz und war lange Jahre als Leiter der dortigen Filiale meiner Partei ansässig.

Das Naumburger Schwurgericht und die Naumburger Strafkammer haben gleichzeitig aus Anlaß der Vorgänge im März dieses Jahres gegen eine große Anzahl von Arbeitern ein Verfahren wegen unbefugten Waffentragens, wegen Landfriedensbruchs usw. eingeleitet. Das Gericht hat auf eine Beschwerde, die von meinem Freunde Koenen beim Reichsjustizminister erhoben wurde, geantwortet, es habe aus Anlaß der Kapp-Vorgänge überhaupt keine Verhaftungen vorgenommen und keine Strafverfahren anhängig gemacht. Die Naumburger Justizbehörden haben eben das getan, was man auf deutsch mit dem Worte „lügen" bezeichnet, sie haben ihren Justizminister, die oberste Justizbehörde im Deutschen Reiche, ganz einfach bewußterweise belogen. (Hört, hört! bei den US.)

Wegen der Vorfälle im März ist gegen die Arbeiter nicht nur ein Verfahren anhängig gemacht worden, sondern Dutzende, und es sind Dutzende von Verhaftungen erfolgt, und zwar hauptsächlich deswegen, weil die Arbeiter auch in Mitteldeutschland, als sie die Möglichkeit dazu fanden, sich mit Waffengewalt gegen kappistisches Militär gewandt hatten.

Um nur ein Beispiel für die geradezu empörende Art, wie Inhaftierte im Naumburger Gefängnis behandelt worden sind, zu geben, möchte ich eine Bekundung vorlesen, die hier mir vorliegt. Es handelt sich um einen jungen Arbeiter, der mit einer schweren Handverletzung, die bereits verbunden war, als Untersuchungsgefangener in das Naumburger Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde. In diesem Untersuchungsgefängnis wurde er von der Sicherheitspolizei in der infamsten Art und Weise mit einer Rohrstange so lange auf die Wunde geschlagen, die er an der Hand hatte, (lebhafte Pfui-Rufe bei den US.) bis er bewußtlos zusammenbrach. Das kann von dem Betreffenden und von andern, die es mitangesehen haben, eidlich bekundet werden.

Wie liefen nun die Verhandlungen gegen diese Arbeiter aus, die in Abwehr des Kapp-Putsches gegen kappistisches Militär die Waffen erhoben hatten? Ich sagte schon, die Leute wurden wegen Landfriedensbruchs, wegen unbefugten Waffenbesitzes usw. angeklagt. In der Verhandlung wurde aber der Beweis dafür, daß sie tatsächlich ihre Waffen nur gegen kappistisches Militär erhoben hätten, einfach abgelehnt. (Hört, hört! bei den US.) Das Naumburger Gericht stellte sich auf den Standpunkt, die Naumburger Garnison habe sich nicht hinter den Kapp-Lüttwitz gestellt. Wir sind in der Lage, den Beweis dafür zu erbringen, daß das Gegenteil richtig war. Ich möchte zunächst auf die Aussage eines Hauptmanns der Naumburger Garnison hinweisen, die er dem damals in Mitteldeutschland ernannten Regierungskommissar Krüger in Merseburg gemacht hat. Dieser Hauptmann schilderte die Stellungnahme der Naumburger Garnison folgendermaßen:

„Am 13. März 1920 wurden an den Fenstern der neuen Jägerkaserne schwarzweißrote Fahnen ausgehängt." (Hört, hört! bei den US.) „Es wurde Unteroffizieren und Mannschaften, die erklärten: „Wir stehen auf dem Boden der alten Regierung und machen für Kapp-Lüttwitz nicht mit," bedeutet, daß sie nach Einhaltung der Kündigungsfrist sich als entlassen betrachten könnten."

Diese Entlassungen sind tatsächlich vorgenommen worden. — Weiter sagte der damalige Garnisonführer in Naumburg, Major Meyn, zu den Garnisonführern:

„Wir sind neutral, bis sich die Sache geklärt hat."

Weiter wurde einem Waffenmeister von einem Offizier gesagt:

„Machen Sie die Wandhaken zurecht, damit wir die Kaiserbilder wieder aufhängen können."

Schon vor dem 13. März hat sich ein Gegensatz zwischen den Kompagnien der Naumburger Garnison herausgebildet, da zwei Kompagnien systematisch zu kaisertreuen, d. h. also zu kappistischen Soldaten erzogen wurden. Major Meyn ging dann mit seinen Truppen am Nachmittag des 13. März nach Weimar, und nachdem er in Weimar angekommen war, wurde die dortige Regierung verhaftet. (Hört, hört; bei den US.)

Das ist also die regierungstreue Haltung, die der Kommandeur der Naumburger Garnison in den Märztagen dieses Jahres eingenommen hat. Aber weiter: Am 13. März hat dieser Major Meyn einen Erlaß an seine Truppen herausgegeben, in dem es heißt:

„In Berlin hat sich eine neue Reichsregierung gebildet, an deren Spitze der den meisten uns aus dem Kriege bekannte tatkräftige Politiker Dr. Kapp, ein glühender Patriot, steht. Neben ihm übt der euch von der letzten Besichtigung her bekannte General der Infanterie Exzellenz v. Lüttwitz den militärischen Oberbefehl aus. Noch können wir nicht klar sehen."

Er gibt dann seinen Truppen die drei ersten Kundgebungen der neuen sogenannten Kapp-Lüttwitz bekannt und fährt dann fort:

„Mehr weiß ich selbst nicht. Der augenblickliche Zustand soll auch kein dauernder sein. Zum zweiten Male wird das Volk durch Neuwahlen seine Stimmung zur Geltung bringen. So ist die Stellung also für den Staatsbürger. Aber wie stellen wir uns als Soldaten zu dieser überraschenden Neugestaltung der Dinge. Der alten Regierung und dem Vaterlande haben wir treue Dienste durch Handschlag gelobt. In der Erkenntnis aber, **daß es gerade jetzt unsere Hauptpflicht bleibt, die kaum befestigte Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und unserem Vaterlande verderbenbringende innere Kämpfe zu ersparen, führt General Maercker sein Amt weiter und gehorcht weiter seinen militärischen Vorgesetzten."**

Wegen diesen schönen Gehorsams ist der General Maercker dann von seiner Stellung entfernt worden; denn er gehorchte ja mehr oder weniger dem General Lüttwitz in Berlin. Major Meyn erklärt dann, daß er gleichfalls weiter den Befehlen des Generals Maercker, also mit anderen Worten, den Befehlen des Generals Lüttwitz in Berlin, gehorchen wolle.

Die Führung des Beweises, daß sich gegen diese hochverräterischen Truppen und nur gegen diese — andere gab es in Naumburg nicht — die Aktion der Arbeiter am 18. März und später richtete, wurde vom Naumburger Gericht einfach kaltblütig abgelehnt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Herrschaften wußten, was bei diesem Beweis herauskommen würde, und fürchteten dann, an den Arbeitern ihre Wut und ihren Haß wegen des mißlungenen Abenteuers im März nicht ausüben zu können.

Aber weiter war in Halle am 26. März in Anwesenheit eines Vertreters des damaligen Reichskanzlers, eines Vertreters des Reichswehrministeriums in Berlin, des Generals Lequis, und der Militärvertreter aus Halle und Naumburg ein Abkommen geschlossen worden zur Beendigung der Kämpfe, die zwischen Arbeitern und Kapp-Militär in Mitteldeutschland getobt hatten, und dieses Abkommen ist auch von der Reichsregierung ausdrücklich anerkannt worden. Da heißt es:

Punkt 6: Vollständige Amnestie für diejenigen, die sich an dem Kampfe gegen konterrevolutionäre Truppen beteiligt haben, sowie auch für politische Vergehen und Verbrechen aus der Zeit vor dem 12. März 1920: Oberpräsident Hörsing erklärt, voll und ganz auf dem Boden dieser Forderung zu stehen!

Also diese Abmachung wurde damals, um den Waffenstillstand zwischen den beiden Parteien, bewaffneten Arbeitern und Militär, herbeizuführen, in Halle geschlossen, und diese Abmachung ist genau so mißachtet worden, wie das berühmte Abkommen von Bielefeld, worum das Militär im Ruhrgebiet sich nicht gekümmert hat. Die Naumburger Behörden haben einfach erklärt, das Hallische Abkommen gehe sie gar nichts an, sie seien vollkommen unabhängig von der Regierung.

Aber weiter, die ganze Art der Zeugenvernehmung, wie sie der Vorsitzende der Naumburger Strafkammer im Prozesse gegen die wegen unbefugten Waffentragens und Landfriedensbruches angeklagten Arbeiter vornahm, zeigt ganz deutlich, daß die Naumburger Richter unter allen Umständen ein Urteil erzielen wollten. Zu diesem Zwecke haben sie, hat besonders der Staatsanwaltschaftsrat Hardt, der die Anklage vertrat, mit allen Mitteln dem Gericht, den Richtern und Geschworenen, die Ueberzeugung zu suggerieren versucht, daß man es bei den angeklagten Arbeitern mit ganz gefährlichen, verbrecherischen Subjekten zu tun habe.

Um das zu beweisen, darf ich mehrere Frage anführen, die der Landgerichtsdirektor als Verhandlungsleiter gestellt hat. — Herr Reichsminister, ich darf Sie bitten, mir zuzuhören. — Der Leiter der Verhandlungen hat die Zeugen gefragt: Haben Sie USP.-Gesinnung? **Haben Sie etwas davon gemerkt, daß der Zeuge USP.-Gesinnung bekundet oder sonst irgendwie gehetzt hat?** Ganz abgesehen von der bodenlosen Unverschämtheit des Landgerichtsdirektors, USP.-Gesinnung und Hetzerei auf eine Stufe zu stellen — — —

Vizepräsident Dr. Bell: **Herr Abgeordneter Düwell, ich bitte Sie, eine derartig formell verletzende Kritik an einer Bemerkung des Landgerichtsdirektors in öffentlicher Sitzung zu unterlassen.**

Abg. Düwell: Herr Präsident! Ich halte aber meine Kritik aufrecht.

Vizepräsident Dr. Bell: Herr Abgeordneter, Sie haben nicht das Recht, in meine Ausführungen und in meine Kritik irgendwie einzugreifen. (Erregte Zurufe bei den US.)

Abg. Düwell: Meine Damen und Herren! Ich sage also: Trotz dieser Unverschämtheit des Naumburger Verhandlungsleiters — — —

Vizepräsident Dr. Bell: Herr Abgeordneter, Sie haben ruhig zu sein, wenn ich Sie unterbreche! — Nachdem Sie diesen Ausdruck trotz meiner Rüge wiederholt haben, rufe ich Sie zur Ordnung. (Erneute erregte Zurufe bei den US.)

Abg. Düwell: Ich sage also: Bei dieser merkwürdigen Art der Zeugenbeeinflussung, die von dem Leiter der von mir geschilderten Naumburger Verhandlung geübt wurde, war es kein Wunder, daß die Geschworenen zu der Ueberzeugung kommen mußten, sie hätten es mit „Hochverrätern" und ähnlichen gefährlichen Subjekten zu tun.

Ich persönlich nehme es keinem Richter übel, der heute Klassenurteile gegen Angehörige eines anderen Standes fällt. Er kann nicht anders, er ist der Beamte eines Staates, der sich auf der großen Ungerechtigkeit aufbaut, daß eine Volksklasse die andere rücksichtslos ausbeutet. Daraus folgt, daß der moderne Klassenstaat in allen seinen Einrichtungen notwendigerweise klassenmäßig gegen die breiten Massen der nichtbesitzenden Bevölkerung gerichtet sein muß. Er muß, um sich selbst zu erhalten, die Interessen der besitzenden Schichten wahrnehmen. Sonst würde er sich ja selbst aufgeben, sonst würde er an die Wurzel seines eigenen Bestandes rühren, und das kann keine Institution. Aber weil die Richter Angestellte eines solchen Staates, Beauftragte eines solchen Staates sind, deshalb können sie nicht objektiv sein, deshalb muß ihre Rechtsprechung einseitig ausfallen, und sie müssen Klassenjustiz gegen die sozial und wirtschaftlich entrechtete Klasse ausüben.

Wenn Sie sich etwa einbilden, daß die gegensätzliche Behandlung der Arbeiter auf der einen Seite und der deutschnationalen Hochverräter auf der anderen Seite den Arbeitern verborgen bliebe ohne jede Wirkung, dann dürfen Sie sich wohl schwer irren;

denn gerade dieser Widerspruch, diese Gegensätzlichkeit in der Behandlung von einfachen Arbeitern und von Angehörigen der besitzenden Schichten, der sogenannten gebildeten Stände,

die sich auf allen Gebieten zeigt, sobald sie vor das Gericht gezogen werden, ist es ja, die diesen unsäglichen Groll, diese Verbitterung und Erbitterung in den benachteiligten Schichten der deutschen Bevölkerung, im Proletariat, angesammelt hat.

Und dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn eines Tages bei irgendeiner Gelegenheit diese Empörung sich vulkanartig Bahn bricht, wenn sie die Schranken des jetzigen Klassenstaates, der jetzigen Rechtsordnung überflutet. Ganz gleichgültig, wie man dazu stehen mag, das ist erklärlich, das muß begriffen werden! Wenn Sie also schlimmeres Unheil verhüten wollen, wenn Sie verhüten wollen, daß eines Tages die Arbeiterschaft, die bis aufs Blut durch die deutschen Gerichte, sowohl die Zivilgerichte wie die Militärgerichte, gepeinigte Arbeiterschaft die Besinnung verlieren sollte, dann machen Sie Halt auf dem Wege, der jetzt beschritten ist. (Lebhafter Beifall bei den US.)

Allerlei.

Kellnerstreik in Leipzig.

Infolge des Streiks der Kellner und übrigen Gasthausangestellten hatten die meisten Restaurants und Kaffees am Sonntag ihre Betriebe geschlossen. Sogenannte Stoßtrupps der Streikenden durchzogen die Straßen der inneren Stadt, um ihre arbeitenden Kollegen aus den Betrieben herauszuholen. Die Streikenden wollen solange im Ausstand verharren, bis ihre Forderungen bewilligt sind. Ein Teil der Leipziger Gastwirte soll die Forderungen, die einen Mindestverdienst von 200 Mark wöchentlich bedeuten, anerkannt haben. Auch die Kaffeehaus-, Kino- und Varietee-Musiker haben gestern beschlossen in den Ausstand zu treten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200810-11/fragment/page=0005

Aus dem Stadtparlament.

Annahme des Etats gegen die Stimme der USP. — Religionsdebatte — Wiederaufheben des Arbeiterrates.

Auch gestern kam die Stadtverordnetenversammlung mit ihrem Pensum nicht zum Abschluß, so daß am Donnerstag die weisen Stadtväter und Mütter noch einmal redeschlachten müssen, um endlich die wohlverdienten Ferien zu genießen. Der Etat ist aber unter Dach und Fach, mit all den schönen Steuern, die die Hallische Bevölkerung neben dem famosen Steuerabzug nun noch wird zahlen müssen. Denn auch das bißchen, was das Reichseinkommensteuergesetz freiläßt, wird von der Stadt erfaßt, so daß noch sieben Millionen aus dem Hunger herausgepreßt werden sollen. Die gesamte grundsätzliche Kritik, die unsere Partei an den jetzigen kommunalen Verhältnissen vom sozialistischen Standpunkt aus üben muß, faßte Genosse Hildebrandt in einer längeren Rede zusammen, die zugleich eine Begründung für unsere Etatsablehnung war. Der lupide Sozialpatrioten-Müller, der seit Kleeis' Verschwinden den „Fraktionsvorsitzenden" des Grüppchens von Novembersozialisten, aus denen die Stadtverordneten-„Fraktion" der Sozialpatrioten besteht, mimt, dieser Geistesheld glaubte, einen herrlichen Witz gemacht zu haben, als er behauptete, unsere Fraktion habe bei der Abstimmung Leute abkommandiert. Da der Schwindel natürlich durch die ganze bürgerliche Presse geden wird, stellen wir ausdrücklich fest, daß bei der entscheidenden Abstimmung zum Etat sämtliche 26 Stadtverordnete unserer Partei, die in Halle anwesend sind, da waren und gegen den Etat gestimmt haben. Herr Müller muß schon bessere Witze ersinnen, wenn er wenigstens als — Hanswurst ernst genommen werden will!

Vorher, bei der Beratung des Volksschuletats, gab es noch einige Zusammenstöße, die Herr Splett, der bekannte Katholiken-Rektor, provoziert hatte. Mit breitem Behagen erklärte Stadtschulrat Brendel, dieses Vorbild eines Schulreaktionärs wilhelminisch-theologischer Prägung, man könne noch keine weltliche Schule errichten, weil nur sehr wenige Eltern ihre Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet hätten, trotz der vielen Kirchenaustritte! Hört ihr's, Proletarier, wie die Reaktion ob eurer Unentschlossenheit höhnt? Wer mit der Kirche innerlich gebrochen hat und ihr dennoch weiter angehört, ist unebrlich gegen sich selbst. Wer aber selber ausgetreten ist und seine Kinder trotzdem in den Religionsunterricht schickt, handelt entweder gedankenlos oder aber aus verächtlichen, selbstsüchtigen und kleinlichen Motiven. Er begeht damit ein Verbrechen gegen seine Kinder, die er in die Gefahr seelischer Konflikte bringt. Darum, Eltern, meldet eure Kinder vom Religionsunterricht ab, damit die bigotten Herrschaften nicht triumphieren können!

Der größte Teil der übrigen Tagesordnung konnte, wie erwähnt, nicht erledigt werden. Nur die Verlegung des Ratskellers wurde noch beschlossen und die Errichtung eines „Verbraucher-Ausschusses" mit den Funktionen des bisherigen Arbeiterrates, dessen unentbehrliche Arbeit damit eine Anerkennung erhalten hat, auf die seine Mitglieder stolz sein können. Das Arbeiterelement wird in dem neuen Ausschuß, dessen Mitglieder ebenfalls besoldet werden, überwiegen, so daß immerhin noch eine ersprießliche Tätigkeit zu erwarten steht.

•

Sitzungsbericht.

Unter den Eingängen ist ein Dankschreiben der Ortskrankenkasse für die Bewilligung der 10 000 Mk. für die Erholungsstätte Heide. Ferner wird die Versammlung aufgefordert, zum Städtetag Ende August in Nordhausen drei Delegierte zu entsenden. — Die mittelbentsche Bauzentrale ersucht die Stadt, ihr beizutreten. — Die in Gruppe 7 der Besoldungsreform eingereihten technischen Beamten und Angestellten ersuchen um Versetzung in Gruppe 8 bzw. 9. — Der Elternbeirat der Talamt-Mädchenschule schlägt allerlei Verbesserungen im Schulbetriebe vor. — Die Eingaben werden den verschiedenen Ausschüssen übergeben.

Etatsberatung.

Das Kapitel Kapital- und Schuldenverwaltung mit den Endziffern, die wir bereits mitgeteilt haben, wird angenommen. Ebenso werden bewilligt: die Kapitel Stadtgymnasium, Oberrealschule, Reformrealgymnasium, Lyzeum nebst Studienanstalt — wobei eine Debatte über das II. Lyzeum sich entwickelt und ein Antrag Balke (Dem.) auf Erhöhung des Betrags für die Lehrmittel des Lyzeums II abgelehnt wird —, Frauenschule und Mittelschulen.

Eine Schuldebatte

entstand bei der Besprechung der Etats der Mittel- und Volksschulen, die vom Stadtv. Splett einleitend erläutert wurden. Er sprach sich dagegen aus, daß die neuen Grundschulen nach der Zwangsjacke der bisherigen Vorschulen aufgebaut würden. Die Etats seien sehr optimistisch aufgestellt, in Wirklichkeit steht zu erwarten, daß noch 1 Million Mark mehr für Zuschüsse nachgefordert werden. — Frau Stadtv. Krüger regt an, an Stelle des Religionsunterrichts einen Ersatzunterricht einzurichten, zumindest aber die Religionsstunden in die letzten Stunden des Unterrichts zu verlegen. — Stadtv. Plönnigs erwartet, daß die Lehrpläne für die Grundschulen nicht die Ueberlastung mit Stoff aufweisen, wie die alten Lehrpläne. — Nach kritischen Ausführungen des Stadtv. Hilgenstein erklärt Stadtschulrat Brendel, daß der neue Lehrplan bereits am 1. Oktober herausgegeben werden wird. Der Religionsunterricht müsse in die Randstunden verlegt werden. Mit den Mitteln für die Lehrbücher würde die Stadt in diesem Jahre noch auskommen. — Frau Krüger verlangt, daß nur die letzte Stunde zum Religionsunterricht benutzt werden soll. Aus welchen Mitgliedern setzt sich der Ausschuß zusammen, der die Schulbibliotheken wegen der Verherrlichung der Hohenzollern prüfen soll? — Stadtschulrat Brendel erklärt, daß die erste Stunde durchaus nicht diejenige ist, in der die Kinder am aufnahmefähigsten sind. Die Reinigung der Bibliotheken hat der Rektor durchzuführen. — Frau Krüger stellt den Antrag, eine Kommission zu wählen, die die Prüfung vorzunehmen hat. — Stadtv. Albrecht setzt sich dafür ein, daß die Kinder, die keinen Religionsunterricht haben, dafür einen anderen Unterricht erhalten. — Stadtrat Brendel: Die Zahl derer, die ihre Kinder vom Religionsunterricht abgemeldet haben, ist noch so gering, daß man noch nicht an die Errichtung einer konfessionslosen Schule denken kann. — Stadtv. Osterburg fordert entschieden die Beseitigung aller reaktionären Ueberreste aus den Schulen und die Errichtung einer konfessionslosen Schule. Das entspricht dem heutigen Zeitgeist. — Stadtv. Hilgenstein: Viele Kinder, die von den Eltern abgemeldet sind, gehen doch aus irgendwelchen Gründen zum Religionsunterricht.

Der Antrag, einen Ersatzunterricht für den Religionsunterricht einzuführen, wird angenommen, ebenso der Antrag, den Religionsunterricht in die letzte Stunde zu verlegen. Die Frage der Bibliotheksprüfungen wird dem Schulausschuß überwiesen. Die Kapitel Mittelschule, Evangelische und Katholische Volksschule werden angenommen. — Stadtv. Splett polemisiert gegen die Forderung des Stadtv. Osterburg, wobei er allerlei kulturkämpferische Töne anschlägt. — Ihm antwortet Stadtv. Hildebrandt, der sich für die Befreiung der Kinder aus kirchlichem Zwange einsetzt. Die Schule ist für Ausbildung des Geistes da und nicht für konfessionelle Ausbildung. Die Kirche ist es gewesen, die seit jeher Zwang ausgeübt hat. Sogar unseren Genossen Adolf Hoffmann hat man gezwungen, seine Kinder in den Religionsunterricht zu schicken. Wir werden gerade Herrn Spletts Vorstoß zum Anlaß nehmen, etwas nachzuhelfen, daß die Zahlen der konfessionslosen Kinder größer werden. Den Zwiespalt in die Kinderseele tragen die unduldsamen kirchlichen Elemente. — Stadtv. Müller (Soz.) spricht für den Antrag Osterburg.

Der Vorsteher bringt zum Ausdruck, daß Anträge, die sich gegen die gesetzlichen Bestimmungen wenden, nicht zur Abstimmung gebracht werden können. Folgender Antrag Osterburg wurde, nach Ablehnung eines Unterantrags Splett, angenommen:

Der Magistrat wird ersucht, aus sämtlichen Schulen die Kriegsbilder, Fürstenbilder und Religionsbilder zu entfernen. Der Schulausschuß der Stadtverordnetenversammlung ist einzuladen, die Schulen nach erfolgter Entfernung der obengenannten Bilder zu besichtigen.

Angenommen wurde ferner ein Antrag Hildebrandt, daß, sobald die gesetzlichen Bestimmungen es erlauben, eine Abstimmung unter den Eltern herbeigeführt werden soll, wer für die Errichtung einer konfessionslosen Schule ist.

Die Kapitel Pestalozzischule, Allgemeine Schullasten, Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Gewerbliche Fortbildungschule, Kaufmännische Fortbildungsschule, Handels- und Gewerbeschule werden debattelos genehmigt.

Gemeindeabgaben.

Ueber diesen wichtigen Etat berichtet Stadtv. Ritter, der die von uns bereits veröffentlichten Steuerarten schildert. — Ein Antrag der Kleinrentner auf Freilassung der fünften Steuerrate und ein Einspruch des Bundes für Bodenreform gegen die Veranlagung der Grundsteuer nach dem Ertragswert sind vom Haushaltsausschuß angenommen worden und werden von den Berichterstattern zur endgültigen Annahme empfohlen. Ferner wurde hierbei eine Ordnung über die Erhebung des Gemeindezuschlags zur Grunderwerbsteuer vorgelegt. — Man tritt in eine unbeschränkte Debatte ein.

Stadtv. Hildebrandt: Der Betrag aus den Reichssteuern steht in keinem Verhältnis zu dem, was die Stadt braucht. Die werbenden Anlagen sind deshalb in ungeheurem Maße herangezogen worden. Dazu kommen indirekte Steuern und die Gemeindeabgaben. Was das Reich nicht erfaßt, das soll hier noch erfaßt werden. Früher wurden Einkommen unter 900 Mk. nicht erfaßt, jetzt sollen Einkommen von 6500 Mk. Steuern bringen. Wenn man die Geldentwertung betrachtet, so ist ein solches Einkommen jetzt weniger als früher 900 Mk. Nach den Berechnungen Dr. Kuczinskys sollte man eigentlich das ganze Existenzminimum steuerfrei lassen. Sodann streifte der Redner verschiedene Gebiete, z. B. die Kommunalisierung. Die städtischen Güter zeigen, daß die Stadtverwaltung nicht gehandelt hat wie ein notleidender Hausvater. Diese Güter bringen der Stadt gerade 1¼ Prozent ihres Wertes. Das ist eine Verschwendung, die bei uns seit Jahrzehnten betrieben worden ist. Bei der Stellung zum Etat kommt auch für uns in Betracht, daß leitende Beamte der Stadt sich gegen die Verfassung gewandt haben. Die Gehälter dieser Beamten konnten wir nicht bewilligen. An den jetzigen Verhältnissen sind — man muß es wiederum feststellen — diejenigen schuld, die den Krieg in hurrapatriotischer Stimmung unterstützt haben, wie auch die früheren Stadtverordnetenversammlungen. Wir lehnen die Verantwortung für die Folgen des Krieges ab, an dem wir nicht schuld sind. Auch die Zusammensetzung der besoldeten Magistratsmitglieder muß geändert werden.

Bürgermeister Sendel: Die Streichung der besonderen Einkommensteuer würde ein Defizit von 7 Millionen Mark schaffen und uns in eine unmögliche Lage bringen. Staat und Gemeinde zusammen haben im Vorjahre mehr Steuern erhoben als in diesem Jahre. — Stadtv. Albrecht wendet sich gegen die überflüssige Bureaukratisierung, die sich noch immer breitmacht. — Nach Aeußerungen von Stadtrat Belthuysen und Stadtv. Illgenstein erklärt der Rechtssozialist Wille, daß seine Fraktion dem Etat zustimmt. Er und der berüchtigte Heimatsdienst-Müller behaupten, daß die USP.-Fraktion ihre Mitglieder aus dem Saal abkommandiere. Gegen diese aus der Luft gegriffene Behauptung, die sich gleich bei der Abstimmung als Schwindel erweist, wendet sich Stadtv. Hildebrandt.

Bei der Abstimmung werden die Gemeindeabgaben gegen die Stimmen der Fraktion der USP. angenommen. Der Antrag auf Freilassung der fünften Steuerrate für Kleinrentner wird dem Magistrat überwiesen. Die Ordnung über die Erhebung des Gemeindezuschlags und der Einspruch der Bodenreformer werden angenommen.

Das Kapitel 24 — Insgemein — wurde besprochen, ebenso ein Antrag des Magistrats, die Zwangsetatisierung des Kapitels Kirchenwesen, das in der vorigen Sitzung abgelehnt wurde, durchzuführen, weil ein Rechtsanspruch der Kirchengemeinden auf diese Summe besteht, und bis dahin die Kirchenmittel aus Kapitel 24 zu nehmen. — Stadtv. Hildebrandt wendet sich trotzdem gegen die Vorlage, deren Notwendigkeit aus juristischen Gründen Bürgermeister Sendel noch einmal erläutert. — Stadtv. Dürrfeld (Soz.), dessen Fraktion das vorige Mal den Kirchenetat ablehnte, erklärte sich mit der Annahme des Magistratsvorschlags einverstanden. Die Vorlage wurde mit 27 gegen 26 Stimmen angenommen.

Nach Annahme des Kapitels 1 wird der Gesamtetat mit 28 gegen 26 Stimmen angenommen. Die USP.-Fraktion stimmt dagegen.

Zum Städtetag in Nordhausen werden delegiert der Vorsteher Hennig, Stadtrat Osterburg und Stadtv. Manschewsky. — Der Ratskeller soll künftighin im Marktschloß (Marktplatz 13) untergebracht werden. Die bisherigen Räume sollen der Stadthauptkasse übergeben werden. Hierbei stellt sich heraus, daß der Bauausschuß die Annahme, der Haushaltsausschuß aber die Ablehnung ausspricht. Nach längerer Debatte wird die Vorlage angenommen, womit die Verlegung beschlossen ist.

Ein Verbraucherausschuß.

Folgender Dringlichkeitsantrag der Rechtssozialisten wird besprochen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, daß ein Verbraucherausschuß gebildet wird, der die Funktionen des früheren Arbeiterrates übernimmt und aus Vertretern aller Fraktionen besteht.

Stadtv. Dürrfeld (Soz.) begründet den Antrag und regt an, 3 Vertreter der USP., 2 Demokraten, 1 Rechtssozialisten und 1 Deutschnationalen in den Ausschuß zu entsenden. Die Besoldung möge im selben Maße vorgenommen werden, wie die des alten Arbeiterrates. Der Magistrat möge eine entsprechende Vorlage ausarbeiten. — Stadtrat Osterburg spricht die Zustimmung der USP. zu dem Antrag aus. — Stadtv. Winner (Dem.) will nur zustimmen, wenn die Vertreterzahl der USP. auf 2 vermindert wird; auf demselben Standpunkte steht Stadtv. Steinbrück (Dn.). — Bürgermeister erklärt, es sei zwar ungewöhnlich, daß ein solcher Kreis besoldet würde. Aber die Einrichtung habe sich historisch entwickelt und man müsse sie jetzt beibehalten.

Es wird beschlossen, den Ausschuß mit 7 Mitgliedern einzusetzen. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden auf Donnerstag verlegt, wo eine außerordentliche Sitzung stattfinden wird.

Allerlei.

Eine fette Dividende.

Wie die Essener Bergwerks-Zeitung mitteilt, wird die Aktiengesellschaft Baroper Walzwerk in Dortmund für das Geschäftsjahr 1919/20 eine Dividende und Extra-Dividende (Bonus) von insgesamt 50 Prozent zur Verteilung bringen. Außerdem sollen die Aktionäre Gratisaktien erhalten. — Wir sehen hier deutlich eine der Ursachen der gegenwärtigen Krisis, die rücksichtslose Preistreiberei in der Eisenindustrie, die den Kapitalisten märchenhafte Gewinne einbrachte und das Wirtschaftsleben sabotierte.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 10. August 1920.

Republikaner!

Wir stehen am Vorabend großer Ereignisse. Die Situationen der Innen- und Außenpolitik verändern sich von Tag zu Tag. Die Reaktion sucht im Trüben zu fischen, arbeitet fieberhaft mit allen nur denkbaren Mitteln, wirft Unsummen aus für ihre Zwecke. Republikaner, haltet zusammen! Schließt euch dem Republikanischen Führerbund (RFB.) an!

Der RFB., dessen hiesige Ortsgruppe sich am 27. 7. 20 konstituierte, arbeitet auf eine völlige Reorganisation unseres Heerwesens auf republikanischer und zeitgemäßer Grundlage hin. Ohne Ansehen von Partei, Konfession und Dienstgrad vereinigt er alle republikanisch Gesinnten (als passive Mitglieder auch Nichtgediente). Er erstrebt den Schutz der Republik, politisches Vollbürgertum der Soldaten, Besetzung der Führerstellen mit Republikanern, weiteren Ausbau der Vertrauensmännerstellung und der Fürsorgeeinrichtungen und besonders die Heranziehung des Bundes zur praktischen Mitarbeit. Er bekämpft hauptsächlich jede unverantwortliche Politik der Kommandeure, jede Konfessions- und Rassenhetze und fordert völlige Unterstellung der bewaffneten Macht unter die Zivilgewalt (Zivilkommissare).

Der RFB. hat Ortsgruppen in den meisten größeren Städten. Ortsgruppen, die sich schon zurzeit des Kapp-Putsches haben zum großen Teil geschlossen einsetzen können. Auch die hiesige Organisation nennt trotz ihres erst kurzen Bestehens eine nennenswerte Anzahl Mitglieder ihr eigen.

Republikaner! Kameraden! Die Zeit drängt. Wir stehen ein für eure Interessen. Unser Ziel ist unumgänglich. Stärkt unsere Reihen. Auf jeden einzelnen kommt es jetzt an. Dann wird unser Bund zum wirklichen Machtfaktor sich entfalten, zum Schutzwall gegen jeden Rückschritt!

Die Ortsgruppe Halle (Saale)
des Republikanischen Führerbundes.

•

Mitgliedersitzung am Sonnabend, den 14. August, in Wilsdorfs Restaurant, Karlstraße. Beginn abends 8 Uhr.

Für Elternbeiräte!

Empfehlenswerte Schriften.

Die Aufgaben der Elternräte sind so mannigfaltig und für viele bei gewählten Genossinnen und Genossen noch so neu, daß von allen Seiten an die Zentrale der USP.-Mitglieder der Elternräte Anfragen nach einführender Literatur kommen. Wir führen hier einige Werke an, die von den Ortsvereinsbibliotheken für wenige Mittel angeschafft werden können und dann allen Interessenten zur Verfügung stehen würden.

Schulprogramm. Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der USP. eingesetzten Kommission für das Erziehungs- und Bildungswesen. Enthält Grundsätze und Aufbau des sozialistischen Schul- und Erziehungswesens und ausführliche Angaben der Gegenwartsforderungen. Preis 1,50 Mk.

Dr. K. Kerlöw-Löwenstein, Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen. Preis 3 Mk.

Dr. K. Kerlöw-Löwenstein, Der Elternbeirat. Richtlinien für seine Tätigkeit. Die Schrift gibt eine umfassende Uebersicht der Aufgaben sozialistischer Elternräte. Preis 2,25 Mk.

Th. Neubauer, Die neue Erziehung der sozialen Gesellschaft. Verlag der Tribüne Erfurt. Preis 50 Pf.

Otto Erler, Die Volksschule im Lichte des demokratischen Staates und des Sozialismus. Für Laien, besonders für Eltern geschrieben. Behandelt auf 48 Seiten die Arbeitsschule, die weltliche Volksschule, die allgemeine Volksschule, die Einheitsschule. Preis 2,50 Mk.

Sozialistischer Erzieher, Wochenschrift des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs, der sozialistisch-pädagogischen Internationale und für sozialistische Elternbeiräte. Verlag Der Sturm, Berlin W 9. Preis vierteljährlich 4 Mk.

Aeltere Schriften:

O. Rühle, Die Volksschule, wie sie ist.
O. Rühle, Die Volksschule, wie sie sein soll.
O. Rühle, Das proletarische Kind.
Heinrich Schulz, Die Schulreform der Sozialdemokratie.
Otto Uhlig, Die Volksschule. Eine Materialiensammlung zur Schulreform.

---

* **Betriebsräte der Holzindustrie.** Donnerstag, den 12. August, nachmittags ½5 Uhr, findet im Konzerthaus, Karlstraße 14, die erste konstituierende Sitzung aller Betriebsräte der Holzindustrie statt. Die Verbandsleitung wird ihre Stellung zu den nunmehr gefaßten Beschlüssen darlegen. Dem anschließend soll die Wahl des Gruppenrates erfolgen und sonstige Formalitäten erledigt werden. Wir ersuchen unsere Verbandskollegen, die als Betriebsräte oder Betriebsobleute in Frage kommen, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes Halle.
Die Leitung der Wirtschaftl. Arbeiterorganisation Halle.

* **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten** in Halle am Donnerstag, den 12. August, nachmittags 4 Uhr. Oeffentliche Sitzung. Wahl eines Mitgliedes für die Bergwerksdeputation. Wahl eines Mitgliedes für die Gesundheitsdeputation. Die in der Sitzung vom 9. August nicht erledigten Vorlagen. Erhöhung des Pflegesatzes für die Wanderarbeitsstätte. Entnahme von 35 000 Mk. aus dem Vermögen der Paul-Riebeck-Stiftung. Nachbewilligung für das Emilienheim. Annahme von 15 000 Mk. für die Bankier-Haßengier-Stiftung. Aenderung der Satzung der Bankier-Haßengier-Stiftung. Ausmalen der Aulen der Talamt- und Martinschule. Gesuch um Mitbestimmung in Fragen des öffentlichen Verkehrs. Gesuch betr. Betriebseinschränkung für die Straßenbahnlinie 9. Antrag betr. Benutzung der Magistratsloge im Stadttheater. Antrag betr. Instandsetzung von Grabstätten. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

* **Das Schulmuseum** hält seine Räume regelmäßig Mittwoch und Freitag von 4—6 Uhr für jedermann offen. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Sammlungen des Schulmuseums vorwiegend der Darstellung unserer engeren Heimat dienen. Kinder dürfen das Museum in Begleitung ihrer Angehörigen besuchen. Der Eingang ist das Hoftor der Alten Volksschule, Neue Promenade 13.

* **Kleingärten und Wohnlauben.** Das gesunde Streben, ein kleines Stück Land zu eigener Bewirtschaftung zu pachten oder zu erwerben, hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr ausgebreitet und die Kleingartenbewegung hat namentlich seit dem Kriege infolge der Ernährungsschwierigkeiten auch in den Großstädten viele Anhänger gewonnen. Eine volle Ausnutzung des Gartens und seine sachgemäße Pflege ist freilich nur dann möglich, wenn der Kleingärtner seine freie Zeit restlos dem Garten widmet kann, d. h. wenn der Garten nahe oder möglichst nahe bei dem Hause liegt. Das ist nun besonders in den Großstädten nur in den seltensten Fällen möglich. Vielfach liegen die Gärten weit von der Wohnstätte entfernt, so daß ihre Unterhaltung nicht nur erschwert, sondern infolge der häufigen Anwendungen für kostspielige Bahnfahrten auch noch verteuert wird. Bei den heutigen Baukosten kann die Herstellung von neuen Wohnungen kaum Schritt halten mit der Schaffung von Kleingärten. Aus diesem Grunde ist es erwünscht, die Benutzung von Lauben zu Wohnzwecken zu erleichtern. In diesem Sinne könnte sogar die Errichtung verbesserter Wohnlauben als ein geeignetes Mittel zur Linderung der gegenwärtigen Wohnungsnot angesehen werden. Der Minister für Volkswohlfahrt hat daher jetzt — nachdem bereits früher in dem Entwurf einer Bauordnung die Möglichkeit erheblicher Erleichterung für Wohnlauben vorgesehen war — eine Sonderpolizeiverordnung für Wohnlauben ausarbeiten lassen und die Regierungen angewiesen, sie mit Beschleunigung zur Einführung zu bringen. Damit wird einem mehrfach ausgesprochenen Wunsche der Kleingärtner entsprochen, in deren Hand es nun gele

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200810-11/fragment/page=0006

die Unzuträglichkeiten zu verhüten, die mit der Benutzung solcher behelfsmäßigen Wohnungen verbunden sind. Nach den neuen Bestimmungen dürfen Wohnlauben eine Grundfläche bis zu 30 qm und eine Vorlaube von 10 qm erhalten. Wohnlauben dürfen nur ein Geschoß haben und die Höhe bis zum First darf 5 m nicht überschreiten. Sie müssen feuersicher eingedeckt sein; auch ist die Einrichtung einer Feuerstätte zulässig.

* **Verhaftungen.** Im Monat Juli wurden festgenommen: 34 Personen wegen Einbruchsdiebstahls, 47 wegen einfachen Diebstahls, wegen Hehlerei, 14 wegen Betruges, 1 wegen Erpressung, 4 wegen Unterschlagung, 1 wegen Mordverdachts, 2 wegen Landstreichens, weibliche Personen wegen Umhertreibens, 2 steckbrieflich verfolgte Personen, 5 auf Grund von Haftbefehlen und 38 Personen wegen Bettelns und Obdachlosigkeit. Außer anderen Straftaten wurden wegen schweren Diebstahls 95, wegen einfachen Diebstahls 253, wegen Betruges 50, wegen Unterschlagung 53 und wegen Körperverletzung Anzeigen erstattet.

* **Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge.** Nachdem der Termin zur Einsendung der erforderlichen Papiere am 17. Juni 1920 abgelaufen ist, können nunmehr die Auszahlungen aus dem Kriegsanteilscheinfonds beginnen. Es stehen aus diesem Fonds 461 980 Mark zur Verfügung. 6162 Sterbefälle sind gemeldet worden, für die insgesamt 10 774 Anteilscheine gelöst wurden. Die somit auf jeden Anteilschein entfallende und zur Auszahlung gelangende Summe beträgt — auf volle Mark nach oben abgerundet — 43 Mark. Wir richten daher an alle diejenigen, die ihre Ansprüche unter Vorlage der Papiere rechtzeitig der Volksfürsorge gemeldet haben, die Aufforderung, die in ihrem Besitze befindlichen Anteilscheine an das Hauptbureau der Volksfürsorge, Hamburg 5, Beim Strohhause 38 I, einzusenden und die jetzige genaue Adresse auf dem Anteilschein selbst anzugeben. An diese Adressen wird die Volksfürsorge von Hamburg aus direkt die Beträge zur Absendung bringen.

* **Die Notariatsangestellten,** über deren elende Lage wir kürzlich berichteten, haben nunmehr vom Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch erlangt, welcher vom Demobilmachungskommissar für gültig erklärt worden ist. Danach sind die Gehälter der Angestellten um 100 Prozent erhöht worden. Es erhalten beispielsweise monatlich: Lehrlinge [illegible]0 Mk. im ersten Jahre, Gehilfen bis 20 Jahre 400 Mk., bis 25 Jahre 700 Mk., Bureauvorsteher 800 bis 1120 Mk., dazu kommt noch die Berufsalterszulage von 10 Mk. monatlich. Sind die Sätze auch noch nicht den in ähnlichen Berufen gezahlten gleichgestellt, so ist doch schon ein wesentlicher Fortschritt, bei der außerordentlichen Hartnäckigkeit der Rechtsanwälte, erreicht worden. Sache der Angestellten selbst wird es sein, weiter unermüdlich für die Verbesserung ihrer Lage zu sorgen. Das werden sie am besten tun können, wenn sie sich dem gewerkschaftlich organisierten Zentralverband der Angestellten anschließen.

* **Lohn und Krankheit.** Bekanntlich finden die ansteckenden Krankheiten im proletarischen Volke eine große Verbreitung, und nicht zum mindesten sind es unsere Kinder, die ihnen zum Opfer fallen. Die Ursache dieser Verbreitung ist in den sozialen Verhältnissen zu suchen, im Wohnungselend und dergl. Doch spielt auch der Lohn hierbei eine große Rolle, wie die Lebensversicherungsgesellschaften jetzt festgestellt haben. Bei niedrigem Lohn ist die Sterblichkeit an ansteckenden Krankheiten besonders groß, bei hohem Lohn besonders gering. Daraus ergibt sich, daß die ansteckenden Krankheiten um so mehr nachlassen werden, je besser das wirtschaftliche Los ist. Man opfert bekanntlich alljährlich große Summen zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten. Man sollte unsern wirtschaftlichen Forderungen mehr Verständnis entgegenbringen, dann sind die großen Summen, die alljährlich zur Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten verwendet werden, überflüssig. Aber was geht das Unternehmertum der Staatsbeutel an. Beides sind heute verschiedene Begriffe; das zeigt uns, daß letzten Endes nur die einheitliche sozialistische Gesellschaft eine völlig soziale Regelung bringen kann.

* **Die 50 Mark-Scheine vom 20. Oktober 1918** haben auf Grund der Verordnungen vom 4. August 1919 (R.-G.-Bl. S. 1366) ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. September v. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September d. J. von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert. Um Irrtümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. 10. 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die 50 Marknote vom 30. November 1918 handelt.

* **Hausmusikabend zur Gitarre.** Peter Harlan meisterte dieses Instrument gestern im gutbesuchten Mozartsaal. Mandoline, Laute, Gitarre, diese Instrumente sind gewissermaßen Symbole der wandernden Jugend und untrennbar mit ihr verbunden. Und so bestand denn auch das Publikum zumeist aus Wandervögeln, männlichen und weiblichen, welche begeistert den Tönen, die Meister Harlan hervorzauberte, lauschten. Harlan besitzt eine nicht gering zu achtende Technik, die in den dargebotenen Stücken italienischer, französischer und deutscher Gitarrenmusik zur vollen Entfaltung kam. Freilich, es waren ja auch fast ausschließlich nur Virtuosenstückchen, zum Teil selbst komponiert, mit denen Harlan einen Beweis seines Könnens ablegte. Er sang auch einige Lieder, frisch und natürlich, doch gefielen mir die Stücke für Gitarre allein weit besser. Die Zuhörer klatschten und — extrampelten sich eine Zugabe. Gesamtergebnis: ein ganz netter Unterhaltungsabend, bei dessen Bewertung allerdings künstlerisch hohe Maßstäbe hübsch bei Seite zu bleiben haben. W.—w.

* **Zoologischer Garten.** Unser einheimischer Fuchs ist in mancher Beziehung bekannt, er ist verschrien und beliebt zu gleicher Zeit. Er gilt geradezu als Sinnbild der Schlauheit und Listigkeit. Und in der Tat, die vielen Geschichten, die man in Sagen und Erzählungen über diesen Räuber hört, möchten uns geneigt machen, ihm ein gut Teil Intelligenz zuzuschreiben. Und betrachtet man einmal genauer sein Gesicht, so wird dieser Eindruck noch erhöht. Besonders die Jäger wissen Wunderdinge über ihn zu berichten. Gehört auch manches davon zu dem berühmten Jägerlatein, so bleibt immer noch ein gutes Stück übrig, das uns berechtigt, ihn nicht zu den dümmsten Tieren zu zählen. Obwohl er in Deutschland nicht selten zu nennen ist, haben ihn doch noch nicht viele Menschen in der Natur beobachten können, denn er versteht es sehr wohl, seinem Erzfeinde aus dem Wege zu gehen. Er ist auch nicht etwa ein ausgesprochenes Nachttier, sondern er treibt sich auch ebenso oft am Tage außerhalb seines Erdbaues umher. Meist merkt man seine Gegenwart aber erst an seinen Taten. Er ist aber nicht nur ein verfehmter Räuber unseres Wildes und unseres Hausgeflügels, sondern er räumt auch nach Kräften unter den Mäusen auf. Also auch hier steht, wie bei allem Raubzeug, neben dem Schaden der Nutzen. Beliebt ist er, oder doch wenigstens sein Balg, bei unseren Damen, die sich nicht nur im Winter sondern auch im Sommer gern damit schmücken. Der Fuchsbestand in unserem Zoo hat sich während des Frühlings um zwei allerliebste Jungtiere vermehrt.

* **Die Minderwertigkeit des Brotes,** welches jetzt der Hallischen Bevölkerung verabfolgt wird, ruft berechtigten Unwillen in allen Kreisen der Einwohnerschaft hervor. Man hat es zwar fertig gebracht den Brotpreis im Interesse der unersättlichen Agrarier auf eine schwindelhafte Höhe zu treiben, aber man hat nicht verhindert, daß die Qualität des Brotes mit einem Worte bezeichnet — geradezu unmäßig geworden ist. Glaubt man dadurch die Volksgesundheit zu fördern, wenn man die Bevölkerung zwingt, ein derartig minderwertiges Brot zu genießen, daß direkt gesundheitlich schädliche Folgen nach sich zieht? Verdauungsstörungen, Magen- und Darmkrankheiten, sowie Brechdurchfall sind jetzt eine gewöhnliche Erscheinung. Die Regierung ist durch ihre wahnwitzige Ernährungspolitik mitschuldig an den jetzigen unhaltbaren Verhältnissen. Wäre es sonst möglich, daß heute noch bei den Agrariern vorjähriges Getreide vorgefunden wird? Wir erwarten, daß sich die städtischen Ernährungsbehörden auch einmal mit der Frage beschäftigen: Wie kann unverzüglich die Qualität des Brotes verbessert werden! Die Bäcker klagen darüber, daß ihnen von den Verteilungsstellen minderwertiges Mehl geliefert wird, obwohl jetzt bereits genug gutes Mehl zur Verfügung steht. Anscheinend will man die alten Bestände auf alle Fälle noch verbacken, auch wenn die Volksgesundheit darüber zum Teufel geht. Gegen eine solche Ernährungspolitik protestieren wir.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

Henny Porten in der Hauptrolle des Dramas in 7 Akten Die Faust des Riesen, findet den begeisterten Beifall der Besucher im U.T.-Lichtspielhaus, Alte Promenade. Die Spannung ist von Anfang bis zu Ende eine gleich große. Henny Porten bezaubert durch ihr glänzendes Spiel alle Herzen. Wie wir hören, kommt das Drama nur bis einschließlich Montag zur Aufführung, um von zwei weiteren Porten-Filmen abgelöst zu werden. Es empfiehlt sich, schon die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.

Bad Wittekind. Auf das heute abend 8 Uhr stattfindende große Abendkonzert vom verstärkten Philharm. Orchester (Operetten und Walzer) als Ehrenabend für Obermusikmeister Karl Steuer, sei empfehlend darauf hingewiesen.

Ammendorf. Kinderfest. Morgen, Mittwoch, abend 7½ Uhr findet auf der Wiese an der Schafbrücke die Einteilung der Gruppen statt. Nach diesem werden die Freiübungen für sämtliche Jungen im Alter von 11—14 Jahren durchgenommen. Da der Turn- und Sportverein Fichte-Ammendorf die Unterhaltungsspiele übernommen hat, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Der Spielausschuß.

Aus der Provinz.

Zur Sicherstellung der diesjährigen Ernte.

Mehrere Kreisausschüsse ergreifen Maßnahmen, damit die diesjährige gute Ernte nicht wieder Schleich- und Wucherhändlern in die Hände fällt. So hat in einem Mansfelder Kreise der Kreisausschuß den bisherigen Arbeiterräten die Befugnis zugesprochen, die Ueberwachung der Erzeuger und Händler vorzunehmen. Hätte man in den einzelnen Kreisen durch Veranlassung der Regierungsstellen, die Arbeiterräte nicht abgewürgt, so hätten sie gerade in diesem Jahre auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung viel leisten können. Hier müssen nun die Kreistage, durch Beschlüsse, durchgreifende Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernte treffen. So hat jetzt ein Kreisausschuß zu einem Mittel in der Milchversorgung gegriffen, das Erfolg verspricht. Es ist bekannt, daß die Viehhalter stets ihre geringe Milchablieferung damit zu begründen suchen, daß sie behaupten, die Kühe geben eben nicht mehr Milch. Daher hat der Kreisausschuß zu folgendem Mittel gegriffen: Alle Milchkühe, welche täglich weniger als 4 Liter Milch geben, sollen als Schlachtvieh dem Kreise zur Verfügung gestellt werden. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Kühe aus Angst vor dem Schlachthause von nun an mehr als 4 Liter Milch geben werden. Das Mittel wird ja zuerst bei den Agrariern einige Empörung auslösen, wird aber doch seine Wirkung nicht verfehlen.

Das energische Vorgehen des Kreisausschusses ist zu begrüßen, zumal durch das passive Verhalten der Regierung in der Bekämpfung des Wucher- und Schleichhandels dem Treiben der Agrarier Vorschub geleistet wird. Würden alle Kreise ähnlich verfahren, so wären wir aus der Lebensmittelnot heraus. Die diesjährige Ernte muß eben mit allen Mitteln für die Bevölkerung sichergestellt werden.

Sangerhausen. Reichspost gegen Kraftverkehrsgesellschaft. Unter Ausschaltung des Privatkapitals haben die meisten Provinzen in Gemeinschaft mit interessierten Kreisen und Städten und mit tatkräftiger Unterstützung des Reiches Kraftverkehrsgesellschaften gebildet, die mit aus Heeresbeständen übernommenen Kraftwagen einen Lasten- und Personenverkehr organisiert haben. Auch im Kreise Sangerhausen, der an dem Unternehmen mit einem größeren Kapital finanziell interessiert ist, betreibt die gemeinnützige Kraftverkehrs-Gesellschaft Sachsen-Anhalt eine Linie nach dem im Südharz belegenen Städtchen Wippra. Die Eröffnung dieser Linie hat sich als ein dringendes Bedürfnis erwiesen, was durch die starke Inanspruchnahme der Motorwagen bewiesen wird. Nun tritt die Reichspost mit der Gesellschaft in Konkurrenz und richtet eigene Linien ein, die in der Hauptsache der Post- und in zweiter Linie der Personenbeförderung dienen sollen. Mehrere von der Privatindustrie für teures Geld unter Ausschaltung der Reichsbetriebe gelieferte Wagen hat die Oberpostdirektion Halle ausgerechnet auf der dem Verkehr schon erschlossenen Strecke Sangerhausen—Wippra eingesetzt, angeblich um eine durchgehende Postverbindung mit Harzgerode und den dazwischenliegenden Orten Braunschwende und Königsrode zu schaffen. Obwohl diese Bestrebungen auf Verkehrsverbesserung zu begrüßen sind, muß doch bemerkt werden, daß den beteiligten bureaukratischen Behörden jegliches Verständnis dafür zu fehlen scheint, daß Deutschland in seiner großen Armut sich den Luxus des Gegeneinanderarbeitens der Reichsstellen und gemeinschaftlichen Unternehmungen nicht gestatten kann. Es ist nichts anderes als Eigenbrödelei, wenn jetzt auf der genannten Strecke zwei große Kraftomnibusse, die durch den Krieg ohnehin einen bejammernswerten Zustand versetzten Kreisstraßen zerfahren, während andere ebenso wichtige Orte des Kreises des Anschlusses an den Verkehr weiter entbehren müssen. Die Kraftverkehrsgesellschaft ist kein Privatunternehmen, sondern eine gemeinwirtschaftliche Verkehrsunternehmung; es würde daher vernünftiges wirtschaftliches Zusammenarbeiten sein, wenn sich die Reichspost die schon einmal betriebene Linie Roßla—Agnesdorf—Dietersdorf—Hayn—Straßberg als Betätigungsgebiet gewählt hätte. Diese Linie verbindet wirtschaftlich hochwichtige Teile des Harzes mit der Kreisstadt und muß so schnell wie möglich geschaffen werden, denn es ist doch wohl nicht anzunehmen, daß das hier begonnene planlose Arbeiten auf dem Gebiete der Ausgestaltung des Verkehrs etwa weiter dauern und der Kreis obendrein noch zu den Unterhaltungskosten der Postwagen beitragen soll. Im Interesse unseres Verkehrswesens und unserer darniederliegenden Wirtschaft darf wohl die Hoffnung genährt werden, daß es unserer rührigen Kreisverwaltung gelingen wird, recht bald eine Verständigung zu erzielen, die den zurzeit bestehenden unwirtschaftlichen Zustand beseitigt, daß auf einer Strecke Reichspost und Kraftverkehrs-Gesellschaft in einen scharfen Konkurrenzkampf treten und wichtigere Gebiete der Volkswirtschaft nicht zugänglich gemacht werden. — Gestern, Montag, tagte in Harzgerode eine Konferenz von Vertretern des Kreises und der Stadt Sangerhausen, der Städte Wippra und Harzgerode die beschlossen, in Sangerhausen eine große Autohalle zu errichten und Sangerhausen zum Hauptstützpunkt der Kraftwagenpost auszubauen. Die Gelder dazu werden von Kreis und Stadt Sangerhausen aufgebracht.

Sangerhausen. Die Engelhardt-Brauerei, Berlin, will auch die hiesigen Brauereien St. Georgen und Feldschlößchen (Aktiengesellschaft) übernehmen. Eine Generalversammlung ist zu diesem Zwecke bereits einberufen. Auch in der Umgegend strebt die Brauindustrie Zusammenlegung an. Die Vereinsbrauerei Artern und die Aktien-Bierbrauerei Allstedt haben vor einigen Tagen einem Antrag auf Vereinigung der beiden Gesellschaften zugestimmt.

Heldrungen. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwochfrüh auf dem Kalischacht Walter bei Hauterode, indem zwei Bergleute unter niederbrechende Steinsalzmassen gerieten. Dabei wurde dem W. Pötzschke-Heldrungen die linke Hand vollständig zermalmt und das linke Bein zweimal gebrochen, während der Bergmann Werner (Oberheldrungen) schwere innere Verletzungen erlitt. Beide wurden sogleich nach Halle transportiert. Nur der Umstand, daß das niederbrechende Stück an der Unglücksstelle eine starke Einwölbung hatte, hat die beiden Unglücklichen vor dem vollständigen Zerquetschen bewahrt. Wenn auch die Verhältnisse, welche zum Unglück führten, nicht so liegen, wie sie im hiesigen Lokalblatt geschildert worden sind, so ist es doch Sache der Arbeitervertretung, Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Unfälle zu treffen, zumal das Proletarierlos schon an und für sich ein schweres ist.

Klein-Wittenberg. Eine Betriebsräte-Konferenz der chemischen Industrie fand am [illegible]. August im Schützenhaus zu Klein-Wittenberg für den Kreis Wittenberg statt. Die Konferenz war gut besucht, sämtliche Werke hatten Vertreter geschickt. Der Vorsitzende des Revierrats, Gen. Hilgers, eröffnete die Sitzung und machte bekannt, daß gemäß den Richtlinien der WRO. Gen. Fenstel vom Kartell und der Parteisekretär eingeladen waren. Gen. Hilgers machte einige Ausführungen über die Ablieferung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pf. In allen Werken zahlten die Arbeiter und Angestellten diesen Betrag, mit Ausnahme von drei Werken, wo die Angestellten die Notwendigkeit noch nicht erkannt haben. Die Angestelltenvertreter nahmen hiervon Kenntnis; es ist zu hoffen, daß die Angestellten der drei Werke das Versäumte bald nachholen. Dann sprach Gen. Hilgers über die Räteorganisation und schilderte in ausführlicher Weise deren Entwicklung und Notwendigkeit. Die Revolution hat in ihrem Anfang genügend bewiesen, wie notwendig die Räte sind, weshalb das Verlangen nach den Räten in ihrem weiteren Verlaufe immer stürmischer wurde. Leider haben verschiedene Volksgenossen das Vertrauen, das ihnen geschenkt wurde, mißbraucht, was zur Folge hatte, daß die Reaktion dies ausbeutete, um den Indifferenten vorzutäuschen, daß das Rätesystem dem Volk nur Elend bringe. Eine tapfere Stütze fand diese Gesellschaft in der Partei der Rechtssozialisten; Herr Hörsing hat vor kurzem noch seine „Lorbeeren" geerntet, indem er die letzte Errungenschaft der Revolution in Mitteldeutschland abwürgte. Selbstverständlich muß die Rätefrage in Angriff genommen und auf revolutionärer Grundlage gelöst werden. Dies hat denn auch das deutsche Proletariat erkannt, ganz besonders die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands. Hat sie sich doch nach unermüdlicher, intensiver Arbeit auf der Vollversammlung, welche in Halle am 12. und 13. Juni stattfand, Richtlinien für eine selbständige wirtschaftliche Räteorganisation gegeben. Redner machte Ausführungen über den Zusammenschluß der Betriebsräte nach den Richtlinien des ADGB., die genügten, um die Anwesenden zu überzeugen, daß diese Richtlinien für unsere Arbeiterschaft unannehmbar sind. In der Debatte sprachen die Genossen Chemnitz und Hildebrandt für die selbständige Räteorganisation und die Umstellung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden. Bei der Abstimmung sprachen sich sämtliche Angestellten- und Arbeitervertreter für die selbständige WRO. aus, nur der Kollege Lindner von der KPD. stimmte dagegen. Alsdann wurde die Steuerfrage erörtert, wobei das Verhalten der Gewerkschaften scharf getadelt wurde. Außerdem wurden Betriebsangelegenheiten der verschiedenen Betriebe besprochen. In der chemischen Fabrik Siege & Co. wurde nach Akkord gearbeitet, während man viele Kollegen feiern ließ. Es wurde verlangt, daß geschlossen dafür eingetreten wird, in den kleinen Werken Kollegen vom Betriebsrat von der Arbeit freizustellen damit sie sich ihren Aufgaben besser widmen können. Für die Streikenden im Leunawerk wurde eine Sympathieentschließung übermittelt.

Täben. Ein selbstherrlicher Bürgermeister. Nachdem sich in der städtischen Verwaltung in der letzten Zeit die Verhältnisse immer mehr zugespitzt hatten, kam es jetzt zwischen den städtischen Körperschaften (Magistrat und Stadtverordneten) und dem Bürgermeister zum offenen Bruch. Da in einer Bürgerversammlung am 14. Juli gegen den Bürgermeister und den Stadtsekretär wegen der Geschäftsführung verschiedene Beschuldigungen erhoben worden waren, hatte das Magistratskollegium bei der Regierung in Merseburg eine Untersuchung gegen die Beschuldigten beantragt. Sonderbarerweise hat die Regierung bis heute noch nichts in der Sache unternommen. Nach einem längeren Erholungsurlaub übernahm der Bürgermeister ohne jede Formalität am 2. August wieder die Amtsgeschäfte. Noch am gleichen Tage beschlossen die städtischen Körperschaften in geheimer Sitzung, bis auf weiteres auf die Dienstleistungen des Bürgermeisters zu verzichten. Auch sprachen sie ihm einstimmig das Vertrauen ab. Aber der selbstherrliche Bürgermeister kümmerte sich nicht um den Beschluß der städtischen Körperschaften und erschien nach wie vor im Rathause. Ja er wurde noch durch ein Telegramm der Merseburger Regierung in der willkürlichen Ausübung seiner Tätigkeit gestützt. Am Mittwoch telegraphierte nämlich die Merseburger Regierung unter dem Hinweis auf das Strafgesetzbuch, der Bürgermeister dürfe nicht in seiner Amtstätigkeit gehindert werden. Auch wurde von der Regierung die Einleitung einer Untersuchung, die schon vor 2 Wochen hätte geschehen müssen, zugesagt. Am 7. August beschlossen der Magistrat und die Stadtverordneten wiederum einstimmig, sich beim Oberpräsidenten in Magdeburg wegen der Verzögerung der Angelegenheit über die Merseburger Regierung zu beschweren und ihre Tätigkeit unter der Amtsverwaltung des Bürgermeisters Rauisch nicht auszuüben. Es ist nun Sache der Regierung, diesen unhaltbaren Zustand schleunigst aus der Welt zu schaffen.

Annaburg. Gemeinderatssitzung vom 7. August. Dem Antrag des Gemeindevorstandes, betr. Erwerb von Straßengelände, wurde zugestimmt. Der Gemeinderat hofft auf Entgegenkommen der einzelnen Besitzer. In die neuerrichtete Kommission zur Festsetzung der Mietpreise für den Kreis, wurde Lehrer Franke und Genosse Nichtitz gewählt. Der Neuverpachtung der Pferdeschwemme von der Forst für jährlich 10 Mark, wurde zugestimmt. Die Mehrkosten von 377 Mk. für Malerarbeiten im Rathausgrundstück wurden bewilligt. — Ferner wurde eine Kommission zur Ausarbeitung einer Friedhofs- und Gebührenordnung gewählt. Die Bewilligung der Kosten für Entwässerung der Neuen Welt wurde abgelehnt. Wenn die Projekte vorliegen, soll erneut hierüber beraten werden. Die Anstellung eines Polizeiwachtmeisters wurde zurückgestellt.

— Sportliches. Einen Schritt vorwärts bedeutet die Verschmelzung der beiden aus Arbeitern bestehenden Turnvereine Jahn und Geselligkeit. Endlich ist auch die Verschmelzung der Gesangsabteilung vom Turnverein Jahn und Gesangverein Concordia erfolgt. Der neue Verein schloß sich dem Arbeiter-Sängerbund an. Das Zusammenarbeiten der genannten Arbeitervereine hat nun im bürgerlichen Lager wahrscheinlich die Befürchtung geweckt, nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. Deshalb haben sich die schon in Todeszuckungen liegenden Gesangvereine zusammengetan, um ihr Dasein noch etwas fristen zu können. Recht so, hier Arbeiter, hier Bürgertum! Wir wollen aber nicht unterlassen, den Arbeitern, welche jetzt noch den bürgerlichen Klimbimvereinen angehören, zuzurufen: Heraus aus dem bürgerlichen Lager, hinein in die Arbeitervereine, wo Ihr unter Euresgleichen seid und nicht geduldet, sondern geachtet seid.

Belgern. Anwachsen der Arbeitersportvereine. Der Organisationsgedanke greift auch hier immer mehr um sich. So schloß sich der Arbeiter-Turnverein, der aus einer Gruppe des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität hervorging, dem Arbeiter-Turnerbund an. Der neugegründete Verein hat bereits einmal im Wettspiel gesiegt. Dem Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität gehören hier 168 Mitglieder an. Neue Mitgliedschaften der Arbeiter-Radfahrer sind in Kaisa, Bockwitz und Lausa. Auch in Liebersee ist eine Mitgliedschaft des Arbeiter-Radfahrerbundes im Entstehen begriffen. Ferner besteht hier eine Musiker-Vereinigung auf sozialdemokratischer Grundlage. Es ist eine Ehrenpflicht aller Arbeiter, den bürgerlichen Vereinen, z. B. dem Turnverein, dem Klimbimverein Philharmonia usw., den Rücken zu kehren und den Arbeiter-Sportvereinen beizutreten.

— Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des D. L.-Arb.-V. nahm Stellung gegen den Steuerabzug vom Barlohn. Nach einem Vortrag des Gen. Wolfram über den Wert der von der verflossenen Nationalversammlung geschaffenen Arbeitergesetze wurden noch die anwesenden L.-Arb. des christlichen Verbandes ermahnt, dem D. L.-Arb.-V. beizutreten.

Burg b. Magdeburg. Explosion in der Munitionszerlegungsanstalt Rothenmühle. Am Sonnabend erfolgte um ½1 Uhr eine folgenschwere Explosion. Durch die gewaltigen Erschütterungen wurde großer Schaden angerichtet. So wurden in den nahegelegenen Straßen viele Fensterscheiben zertrümmert und auch Dächer abgedeckt. In den Hauptstraßen der Stadt sind viele große Schaufensterscheiben zertrümmert worden. Als nachmittags 3 Uhr eine zweite Explosion erfolgte, mußte das städtische Kreiskrankenhaus wegen Einsturzgefahr geräumt werden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Dagegen ist der Sachschaden sehr erheblich.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaftliches, Parteinachrichten und Unterhaltungsblatt: Paul Hennig; für Halle und Saalkreis: Werner Scholem; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Johann Janßen; für Anzeigen: Fritz Krob; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Fahrrad-Mäntel von 80 Mk. an -**Schläuche** von 25 Mk. an
in prima Qualität.
2828
H. Bieder, 35 Nur Gr. Steinstr. 35
Gummigeschäft. — Bitte, auf Hausnummer 35 zu achten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200810-11/fragment/page=0007

Leben • Wissen • Kunst

Sternschnuppentage.

Für den Himmelsbeobachter kommen jetzt einige herrliche Tage, besser gesagt, Nächte. Denn vom 10. bis 12. August sind die „Sternschnuppen" so zahlreich, daß es den denkenden Menschen mit Ehrfurcht erfüllen muß, dies erhabene Himmelsschauspiel anzusehen. Was sind Sternschnuppen? In der litauischen Volkssage heißt es darüber: „Die Spinnerin Werpeja beginnt den Schicksalsfaden des neugeborenen Kindes am Himmel zu spinnen, und jeder dieser Fäden endet in einem Stern. Naht der Tod des Menschen, so reißt der Faden, und der Stern fällt erbleichend zur Erde nieder." Die Sternschnuppen vom 10. August im besonderen nennt die irische Ueberlieferung feurige Tränen des heiligen Laurentius an seinem Namenstage. Die Sagen „vergolden" die Sternschnuppen in mannigfachster Weise.

In Wirklichkeit hat man sich die Sternschnuppen als zugrunde gegangene Weltkörper vorzustellen, deren Ueberbleibsel jetzt im Raume umherirren. Eine besondere Eigentümlichkeit der Sternschnuppenschwärme, deren regelmäßige Wiederkehr man bereits im Anfang des vorigen Jahrhunderts erkannt hatte, und zwar zuerst für die Sternschnuppenfälle vom 10. bis 12. August und vom 12. bis 13. November, beruht nun darin, daß die Meteore in den betreffenden Tagen von einem bestimmten Punkt des Himmels herzukommen scheinen, der als Radiationspunkt bezeichnet wird. Dieser liegt für die Augustmeteore im Perseus, für die im November im Löwen. Von beiden Schwärmen hat man festgestellt, daß sie, die Perseiden sowohl wie die Leoniden, sich in der Bahn je eines Kometen bewegen, 1862 III bzw. 1866 I. Der Novemberschwarm ist gewöhnlich viel schwächer als derjenige im August, der alle Jahre in annähernd gleicher Stärke auftritt. Bei ersterem findet aber, wie Schiaparelli, der Direktor der Mailänder Sternwarte, 1867 festgestellt hat, ein außerordentliches Zusammendrängen alle 33—34 Jahre statt. Die Chinesen berichten schon von einem Riesenfeuerwerk aus dem Jahre 644 vor Christi Geburt. Newton hat die Leonidenschwärme zurückverfolgt bis 902 nach Christi Geburt. Das Gewaltigste hat wohl Alexander von Humboldt am 12. November 1799 auf seiner Reise durch Südamerika erlebt. Ein ähnliches ist auch in den Jahren 1831—1834 und 1866 und 1867 beobachtet. Humboldt bezeugt davon folgendes: „Der ungeheure Sternschnuppenschwarm vom November 1799 wurde fast nur in Amerika von Neu-Herrnhut in Grönland bis zum Gleicher gesehen. Der Schwarm von 1831 und 1832 war nur in Europa, der von 1833 und 1834 nur in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sichtbar." An einer anderen Stelle seiner Schriften berichtet derselbe, „daß am 12. November 1799 vier Stunden lang Milliarden von Feuerkugeln und Sternschnuppen fielen, die am Gleicher, in Grönland und in Deutschland gesehen wurden." Auch der Feuerregen von 1866 wurde bei uns wahrgenommen.

Alle diese eben erwähnten Phänomene, die alle 33 Jahre eintreten, entsprechen daher dem Durchgang der Erde durch die Hauptmasse der Auflösungsprodukte des Kometen 1866 I, der ebenfalls in 33 Jahren einst unsere Sonne umkreiste. Auch die glänzenden Sternschnuppenregen vom 27. November 1872, 1885 und 1892 werden auf kleine kosmetische Körper zurückgeführt, die der zerfallende Bielasche Komet längs seiner Bahn ausgestreut hat.

Aber anstatt nun alle 33 Jahre wiederzukommen, ist der Schwarm der sogenannten Leoniden 1899 und 1900 gänzlich ausgeblieben. Dies kann man sich folgendermaßen erklären: Die Anziehung eines der großen Planeten kann die Bahn eines Meteorschwarms ebenso wie die eines Kometen völlig umgestalten. Daher ist es möglich, daß ein Meteorstern, der lange Jahre hindurch die Erdbahn kreuzte und regelmäßig zu Sternschnuppenfällen Veranlassung gab, durch eine starke Annäherung an einen der großen Planeten eine so plötzliche Aenderung seiner Bahn erfährt, daß er mit einem Male verschwunden zu sein scheint, ja, es ist sogar möglich, daß seine Bahnform von einer Ellipse in eine Parabel oder Hyperbel umgewandelt wird und die Meteore dauernd dem Sonnensystem verloren gehen. 1901, am 28. November, fand nun im Schützen eine Konjunktion von Jupiter und Saturn statt, wie sie 1921 in der Jungfrau uns wieder bevorsteht. Daher ist es wohl denkbar, daß diese Riesenplaneten, die im November 1899 schon beide sich in der Nähe des Löwen befanden, den Leonidenschwarm an sich gezogen haben, und es ist fraglich, ob wir 1932 etwas Aehnliches von Sternschnuppenfällen wieder zu sehen bekommen werden, wie wir es 1866 zuletzt erlebt haben.

In diesem Jahre scheinen die Sternschnuppenfälle reichlich einzutreten, denn schon in den letzten Nächten waren viele leuchtende Meteore zu beobachten.

31] ## Jimmie Higgins. (Nachdruck verboten.)

Von Upton Sinclair.*)

Der Kandidat sprach weiter: „Und zu alledem noch die Nachrichten aus Europa; ich brauche Zeit, mich zu fassen."

Sein Gesicht hatte sich verdüstert, Jimmie war es, als blicke das ganze Leid der Welt aus den milden, grauen Augen.

„Ich will Sie nicht stören," meinte er hastig.

„Nein, nein," erwiderte der Kandidat, sich zusammennehmend. Er blickte auf und bemerkte, daß Jimmie das Essen vergessen hatte. „Holen Sie Ihre Sachen her," sagte er, und Jimmie holte seine Tasse und verschlang sein Brötchen vor den Augen des Kandidaten.

„Ich dürfte nicht sprechen," bemerkte dieser, „bin ganz heiser. Reden Sie, erzählen Sie mir von der hiesigen Gruppe, und wie die Dinge hier stehen."

Jimmie nahm seinen ganzen Mut zusammen, dies war das einzige, worüber er sprechen konnte, das einzige, was ihm Herz und Seele erfüllte. Leesville war eine kleine Industriestadt, mit einer Glasfabrik, einer Brauerei, einer Teppichfabrik und der großen „Empire-Maschinenfabrik", wo Jimmie in der Woche dreiundsechzig Stunden seines Lebens verbrachte. Die Arbeiter waren hier natürlich recht stumpf, doch durfte man nicht klagen, die Bewegung griff um sich. Die Ortsgruppe zählte bereits hundertundzwanzig Mitglieder, freilich waren davon höchstens dreißig aktiv. Dies sei überall so, warf der Kandidat ein, allerorten sei es eine kleine Schar Opferfreudiger, die in die Sache Leben bringt.

Dann erzählte Jimmie von dem heutigen Meeting, den Vorbereitungen, den Hindernissen. Die Polizei hatte plötzlich für gut befunden, das Gesetz geltend zu machen, demzufolge keine Zirkulare in die Häuser getragen werden durften, obgleich sie Isacs Empoium, dem großen Warenhaus, diese Art der Reklame gestattete. Der Leesviller Herald und das Abendblatt waren über diese polizeiliche Maßregel begeistert; durfte man keine Zirkulare austragen, so mußte man notgedrungen in den Zeitungen annoncieren. Der Kandidat lächelte, er kannte sowohl die amerikanische Polizei als auch den amerikanischen Journalismus.

Jimmie hatte für einige Tage seine Arbeit eingestellt und sich damit beschäftigt, die Plakate der Versammlung in Bureaus und Warenhäuser zu schmuggeln. Der alte schottische Landagent auf der anderen Seite der Straße hatte ihn zum Teufel gejagt, und Jimmie war der Aufforderung nachgekommen. Dann hatte er sich, sein Leben in die Hand nehmend, in die Nationalbank geschlichen. Auf dem Korridor begegnete er einem Herrn, trat auf ihn zu und hielt ihm das Plakat mit dem Bildnis des Kandidaten hin. „Würden Sie die Güte haben, dies in Ihrem Fenster auszuhängen?" Der Herr betrachtete kalt das Plakat, dann lächelte er, er schien ein guter Kerl zu sein. „Ich glaube kaum, daß Sie unter meinen Kunden Gönner finden werden." Jimmie versuchte ihm einige Billette aufzuschwatzen, er möge in die Versammlung kommen und etwas über den Sozialismus lernen. Und — unglaublich, aber wahr — der Herr rückte mit einem Dollar heraus. „Später erfuhr ich," — sagte Jimmie — „daß dieser Mann Ashton Chalmers, der Bankdirektor, ist."

Jimmie hatte nicht die Absicht, von sich selbst zu sprechen, er wollte bloß den müden Kandidaten zerstreuen, dessen Gedanken von einer kriegsbereiten Welt ablenken. Dem Kandidaten wurden jedoch während des Zuhörens die Augen feucht. Er betrachtete die vor ihm sitzende Gestalt — ein gebeugter, unterernährter Mann, die eine Schulter etwas höher als die andere, ein verraufter, kaffeebefleckter Schnurrbart, häßliche, schwarze Zähne, abgearbeitete Hände, in die sich Schmutz und Oel derart eingefressen hatten, daß jedes Waschen offensichtlich bloß ein Zeitverlust gewesen wäre. Die Kleider schäbig und formlos, der Zelluloidkragen gesprungen, die Krawatte schier in Fetzen. Im ganzen genommen ein Mann, an dem man auf der Straße achtlos vorübergegangen wäre — und dennoch erkannte der Kandidat in ihm einen jener verborgenen Helden, die eine Bewegung ins Leben rufen, welche die Welt verändern wird.

V

„Genosse Higgins" — sagte der Kandidat nach einer Weile — „wollen wir nicht entfliehen?"

Jimmie machte ein bestürztes Gesicht. „Wieso? Wem?"

„Ich meine, dem Komitee, dem Meeting, allem," — dann den Schrecken auf den Zügen des anderen bemerkend — „ich meine ja bloß, wir sollen einen Spaziergang auf das Land hinaus machen."

„Oh!" murmelte Jimmie.

„Ich sehe das Land stets durch die Eisenbahnfenster, komme monatelang nicht aus der Stadt. Und bin dabei auf dem Land aufgewachsen. Wo haben Sie Ihre Jugend verbracht?"

„Ueberall" — entgegnete der kleine Maschinist.

Sie erhoben sich und zahlten jeder dem Wirtschaftsbesitzer zehn Cents. Jimmie vermochte der Versuchung nicht zu widerstehen, seinen Helden vorzustellen und einem frommen Katholiken zu beweisen, daß ein Sozialistenführer weder Pferdehuf noch Hörner habe. Dem Kandidaten war es nichts Neues, zu ähnlichen Zwecken vorgestellt zu werden; er fand einige herzliche, aufrichtige Worte, deren er sich schon an die zehntausendmal bedient hatte, und die bewirkten, daß der fromme Katholik sich auf der Versammlung einzufinden versprach.

Sie verließen die Wirtschaft; aus Furcht, ein Mitglied des Komitees könnte die Hauptstraße entlang kommen, führte Jimmie seinen Gefährten in ein Nebengäßchen, und sie schritten an der Glasfabrik vorbei, von der bloß ein hoher Bretterzaun zu sehen war, über die Gleise der Atlantic-Western-Bahn, an der Teppichfabrik, einem hohen vierzehnstöckigen Ziegelkasten, entlang. Von da ab wurden die Holzschuppen spärlicher, unbebauter Boden streckte sich aus. Aschenhaufen ragten auf, und die ersten Bauernhöfe kamen in Sicht.

Der Kandidat hatte äußerst lange Beine, während die Jimmies so kurz waren, daß er schier laufen mußte, um Schritt zu halten. Die Sonne brannte auf die beiden nieder, Schweißtropfen rannen unter des Kandidaten Strohhut hervor, auf den Kragen, der sich erweichte, herab; er zog den Rock aus, hing ihn über den Arm und ging noch schneller als zuvor. Jimmie rannte neben ihm her, wagte kein Wort, denn er erriet, daß der Kandidat über die Weltkatastrophe nachdenke, über die Millionen junger Männer, die zur Schlachtbank marschierten. Auf den Plakaten, die Jimmie in Leesville verteilt hatte, waren zwei Strophen abgedruckt, die Amerikas Lieblingsdichter geschrieben hatte:

„Das gütigste Herz, das zwischen uns
und dem Himmel je geschlagen."

So schritten sie etwa eine Stunde dahin, und nun befanden sie sich tatsächlich auf dem Lande. Sie erreichten eine Brücke, die über die Lee führte. Der Kandidat blieb plötzlich stehen, blickte in das Wasser und nach den grünen Alleen und großen Weiden, auf denen Kühe grasten. „Dort scheint es schön zu sein" — meinte er — „steigen wir zum Fluß hinunter." Sie kletterten über einen Zaun, strebten den Fluß entlang, der mit einer Biegung die Straße abseits liegen ließ.

Sie setzten sich ans Ufer, wischten den Schweiß von Stirne und Nacken und starrten in die schimmernden Fluten. Der Fluß war nicht gerade kristallhell; dies Wunder zu vollbringen, wenn sich auf alle zehn Meilen am Flußufer eine Stadt befindet, aus deren Fabriken alle Chemikalien in das Wasser strömen, geht selbst über die Kräfte der Mutter Natur. Doch kann ein Fluß gar nicht so schmutzig sein, um nach einem Viermeilenspaziergang nicht verlockend anzumuten. Der Kandidat wandte sich Jimmie zu und fragte schier übermütig: „Genosse Higgins, sind Sie je im Freien geschwommen?"

„Freilich."

„Wo?"

„Ueberall, ich habe zehn Jahre lang auf der Landstraße gelebt — bis ich heiratete."

„Nun," — meinte der Kandidat lächelnd — „haben Sie Lust?"

„Natürlich."

Jimmie war schier außer sich vor Ehrfurcht und Freude über die gütige Kameradschaftlichkeit, die ihm der Held seiner Träume erwies. Bisher war dieser Mann für ihn reiner Geist gewesen, die Quelle proletarischer Inspiration, ein übernatürliches Wesen, das, durchs Land ziehend, von Rednertribünen aus die Seele der Menge beherrschte. Niemals hatte Jimmie daran gedacht, der große Mann könne einen nackten Körper haben und munter im kühlen Wasser plätschern, wie ein Knabe, der die Schule geschwänzt hat.

(Forts. folgt.)

*) Als Buch im Verlag Kiepenheuer, Potsdam, erschienen.

Ein Proletarierherz.

Brennend heiß sendet die Julisonne ihre Strahlen auf die belebte Kaistraße am Donaukanal in Wien nieder, in ihrer sengenden Glut eine Hitze erzeugend, wie sie so recht unangenehm nur in einer Großstadt mit all ihren gesundheitsschädlichen Ausdünstungen empfunden werden kann. Quälend wirkt da das unentbehrliche Licht auf jedes lebende Wesen und besonders auf die Proletariermassen, die gerade jetzt um zwölf Uhr mittags aus den Fabriken, Bureaus, Verkaufsläden und Arbeitsstätten strömen, die breite Straße überfluten und wie eine mächtige Welle in lebensgefährlichem Gedränge zwischen Straßenbahnwagen, Droschken, Automobilen und Lastwagen nach Hause eilen. Quälend scheint diesen Menschen die Sonne, die draußen, außerhalb der Stadt, die Menschen und die Natur beglückt und immer wieder neu belebt.

Daran hängen die Gedanken der vorbeiströmenden Lohnsklaven wohl nicht, sie belebt momentan ein anderer und nur dieser Gedanke: den Hunger zu stillen.

Ob nicht auch jene Gestalt nur diesen einen Gedanken hegt, auf die gerade mein Auge fällt und es für längere Zeit fesselt? . . . Aus dem dichtesten Gewühl taucht da ein menschliches Wesen auf — kaum daß es so zu benennen ist — und zieht einen ziemlich großen Handwagen. Der Knabe, den man zu solch mörderischer Arbeit zwang, ist von ungewöhnlich kleiner Statur und — ein totaler Krüppel. Der linke Fuß — das ganze Bein — hängt steif und gekrümmt, pendelnd wie ein gebrochener Ast, tot vom schmächtigen Oberkörper herab, ohne die Erde zu berühren. Statt eines Beines stützt eine Krücke den Oberkörper, die den Dienst des Gehens unter Zuhilfenahme der linken Hand zu versehen hat. So der Knabe, dem man zum Ziehen und Lenken des Wagens selbst nicht einmal eine Gurte oder einen Strick als Hilfsmittel gab.

Wer um die Mittagszeit in der Nähe der neuen Ferdinandsbrücke geht — denn dort erblickte ich dieses Bild —, kann beobachten und lernt es schließlich beim Ueberschreiten der Straße durch eigene Erfahrung, welche Umsicht, Vorsicht und Wachsamkeit dazu gehört, ein Fahrzeug oder sich selbst ungefährdet durch das Gedränge zu bringen. Und nun stelle man sich diese Jammergestalt, den verkrüppelten Knaben, vor, wie er mit dem einen gesunden Beine und der Krücke geisterhaft, so schnell er nur kann, einmal hin- und sofort wieder herspringen muß, um den todbringenden Pferdetritten und Rädern zu entgehen. Einen solchen Anblick vergißt nicht leicht, wer ihn geschaut. Die ängstlichen Bewegungen, das krampfhafte Hin- und Herwerfen des nur halb gestützten Körpers, diese entsetzten, krüppelhaften Sprünge vor drohenden Pferdehufen und Rädern, die jammervolle Gestalt als Lasttier, das alles war etwas Herzzerreißendes.

Und doch — das Lasttier — man verzeihe mir diese Bezeichnung und verurteile jene, die sie hervorrufen — zieht den Wagen weiter, niemand scheint mit dem armen Knaben Mitleid zu haben, blind und rücksichtslos lenken die Knechte der Reichen ihre rasenden Fahrzeuge vorbei. Aus der eilenden Menschenmasse trifft den Knaben auch kein Blick; aber er schleppt den Wagen weiter und weiter, wenn auch seine Kräfte schon beinahe Unmögliches leisten.

Ich verfolge ihn: niemand in der Stadt des „goldenen Herzens" erbarmt sich des Jungen.

Niemand?

Doch! Ehe ich noch dem armen, gemarterten Kinde beispringen kann, taucht aus dem Menschengetriebe unversehens ein Proletarierjunge auf, echt „lumpenmäßig" gekleidet, mit dem unternehmenden, gebräunten Gesicht eines richtigen kleinen Straßenbummlers, und ohne weiteres ist er hinter dem Wagen her und schiebt so herzhaft mit, zur unbeschreiblichen Freude des verkrüppelten Knaben, daß dessen Krückensprünge mit einemmal in lauter Freudensprünge verwandelt zu sein scheinen.

So der zerlumpte Straßenjunge! Er weiß noch nicht, wer die Menschen so zur Sklaverei zwingt und wer auch ihn auf die Straße trieb und warum sein Klassengenosse hier in menschenentwürdigender Weise wie ein Tier an den Wagen geknechtet wird; er kennt noch keinen Groll gegen Peinigers — aber er springt zur Hilfe! Was war es, das das Mitleid dieses wilden Jungen erregte, welche Triebkräfte bestimmten ihn, den geächteten Straßenjungen, gerade dort hilfsbereit beizuspringen, wo der Blick des Menschen sonst mitleidslos vorbeizugehen pflegt und selbst das sonst alles erblickende „Auge des Gesetzes" blind ist?

Es war das Proletarierherz! Jenes Herz, das immer wieder zu seinen Leidensgenossen findet und es als selbstverständlich ansieht, doch einen hilflosen Krüppel nicht so leiden zu lassen!

Wohl einer Klasse, deren Angehörige solche Herzen besitzen, und ein Denkmal jenem Proletarierjungen, der so edel das Denken und Fühlen seiner unterdrückten Klasse betätigte. Was er getan, spiegelt unverfälscht die ganze Proletarierklasse wieder.

Die geschichtliche Bestimmung der Selbsthilfe des Proletariats tritt uns hier wie in vielen anderen Fällen des Wiener Straßenlebens klar entgegen, und wer aus eigener Beobachtung lernen will, wie oft solche Beispiele die Straßen Wiens beleben, der lerne sehen. Er wird dort wenig vom „goldenen Wienerherzen" finden, dafür aber desto mehr vom Proletarierherzen.

Er wird Szenen sehen, die ihn mit Haß und Wut gegen eine unsinnige Gesellschaftsordnung erfüllen werden; aber er wird auch Bilder erblicken, die ihn daran erinnern, daß unter Proletarierkleidern etwas lebt, das anders schlägt als das Herz der Besitzenden und dessen Liebe für seine Klasse, die Arbeiterklasse, sie selbst und damit die ganze Menschheit befreien wird.

Es schlage so weiter, das unterdrückte Proletarierherz!

Hans Menzinger.

Mißerfolg ist neuer Ansporn!

Wirke, bilde! Ob im Leben,
Ob im Zauberland des Scheins,
Zwing' des Stoffes Widerstreben,
Sei mit deinem Schaffen eins.

Freu' dich, wenn es Frucht getragen!
Aber köstlicher noch bleibt
Jener Tropfen Unbehagen,
Der zu neuem Werke treibt.

Friedrich Adler.

Kleines Feuilleton.

Ein konsumgenossenschaftliches Seebad.

Im vorigen Jahre wurde über Bestrebungen berichtet, die Existenz des herrlichen Nordseebades Westerland auf Sylt auf breitere Grundlagen zu stellen, um sie den kommenden Gefahren gegenüber zu sichern, und der Tatsache gedacht, daß der Konsumverein Westerland dabei hilfreiche Hand leihen wolle. Was der Verein versprach, hat er gehalten. Mit allen Einrichtungen der Eigenproduktion versehen, eröffnete er am 18. Juli sein Vereinshaus, das mit seinen Preisen für Verpflegung Bresche legen will in die reichlich hohen Verpflegungspreise. Es besteht kein Zweifel, daß es ihm gelingen wird, allmählich jene Gäste vom Festland an sich zu ziehen, die vielleicht schon lange nach einem Aufenthalt in einem die Gesundheit fördernden Seebade hungerten, denen es aber nit möglich war, die wucherisch in die Höhe geschraubten Kosten für Verflegung aufzubringen. Ungemein günstig gelegen, innen und außen schön und zweckmäßig ausgestattet, wird das Vereinshaus der Westerländer Konsumgenossenschaft die Stätte sein können, von der eine Gesundung der Preisverhältnisse in Westerland ausgehen kann. Der Konsumverein Westerland hat keine Mühe und Kosten gescheut, um alle Voraussetzungen für diesen Prozeß zu schaffen. Der Verein hat inmitten einer Gemeinde von 4000 Einwohnern eine Mitgliedschaft von 900 Personen, mit einem Umsatze von gegenwärtig 5 Millionen Mark. Er hat an Eigenproduktivbetrieben: eine Bäckerei, Fischräucherei, Schneiderei, Schuhmacherwerkstatt und einen recht ansehnlichen landwirtschaftlichen Betrieb mit der einzigen Mühle der Insel Sylt. Dazu kommt jetzt das Vereinshaus als Verpflegungsstätte für die Sommergäste vom Festlande. Der Konsumverein Westerland ist der einzige deutsche Konsumverein, der einen Geschäftsanteil von 1000 Mk. hat, den die Mitglieder willig gewährten, eingedenk der ganz besonderen Pflichten, die sie für sich selbst als Mitglieder einer Konsumgenossenschaft in einem von der Natur ungemein begünstigten Seebad auferlegten.

Heiteres.

Im Besitz eines Markscheines, der seit drei Jahren im Umlauf ist und entsprechend aussieht, nehme ich hiermit meinen voreiligen Ausspruch: „pecunia non olet" (Geld stinkt nicht) mit Bedauern zurück. (Vespasianus, römischer Kaiser.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200810-11/fragment/page=0008